

Nummer 114 / Mai 03

Das Info aus der Flora

KEINE EU ARMEE







Inhalt

Nächster Schwerpunkt:

Stadtentwicklung

Wir hatten eigentlich Olympia zu unserem nächsten Schwerpunkt machen wollen. Das hat sich für Hamburg nun aber erstmal erledigt (solidarische Grüsse an dieser Stelle nach Leipzig L). Weil wir uns aber nicht ganz von der Thematik verabschieden wollen, wird der nächste Schwerpunkt zum Thema Stadtentwicklung sein. Die geplante Hafencity soll ja jetzt mit noch mehr Elan angegangen werden, der Messeausbau lauert auch vor der Tür und der alte Wasserturm im Schanzenpark soll auch bald eine neue Nutzung als Hotel erfahren. Die Stadt ist nach wie vor im Wandel. Staatliche Kontrolle und erweiterte Zugriffsmöglichkeiten inklusive. Umstrukturierung an allen Ecken und Kanten unter den Augen der überall aus den Boden sprießenden Überwachungstechniken. Wir werden uns also diversen Themenfeldern unter dem Blickpunkt "Stadtentwicklung" widmen, da wir auch festgestellt haben, daß die Auseinandersetzung mit Stadtentwicklungspolitik gerade in der NOlympiakampagne eher zu kurz kam. Zu Schreiben gäbe es genug..... Einsendeschluß ist der 20. Juni.

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro für drei Ausgaben. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Name« ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag

Vorwort

Der umfassenden Umstrukurierung des Projekts zum Trotz – neue Redaktion, zweimonatige Erscheinungsweise etc.- hat sich die vorliegende Ausgabe doch wieder leicht verspätet. Lokale wie weltpolitische Ereignisse – Olympia, Irakkrieg - haben eine Geschwindigkeit angenommen, die uns darauf beschränkt, sie lediglich nachbereiten zu können. Aber vielleicht wird so aus einer guten Nachbereitung bald mal eine gute Vorbereitung – und wir wären wieder ganz dicht am Weltgeschehen...

In dieser Ausgabe findet ihr also den in der letzten angekündigten Schwerpunkt zum Irakkrieg, einen Kommentar zu den olympischen Spielen und einige kürzere Beiträge zu diversen Themen.
Die ursprüngliche Überlegung, ein Flugblatt zum Rauswurf Forumradios beim FSK abzudrucken ("Freies Radio ist kein Forum! Für ein Freies Sender Kombinat!!"), haben wir verworfen, weil zum einen - nach intensiven Nachforschungen - deutlich wurde, dass der behauptete Rauswurf noch gar nicht vollzogen ist und sich aufgrund der radiointernen Entscheidungsstruktur auch nicht so einfach realisieren lässt, wie es das Flugblatt glauben machen will. Zum anderen tun wir uns schwer damit, Stellungnahmen nur einer Fraktion abzudrucken. Nicht, weil wir der Form halber immer alle Seiten hören und drucken müssen, sondern weil uns der ganze Konflikt inzwischen derart verrannt scheint, dass wir nicht mehr wissen, wem da eigentlich mit was gedient ist.

Zur Erinnerung: Ausgangspunkt des FSK-Konflikts waren Radiosendungen, deren Vergleiche von Nazideutschland und Israel, eigenartige Zahlenakrobatik zum Beweis vermeintlich gigantischer Entschädigungszahlungen, die Aufforderung an Paul Spiegel sich doch kritisch zu Israel zu äußern usw. zunächst den Vorwurf nach sich zogen, antisemitische Agitation zu betreiben, und dann - nach Nichtverhalten der Betroffenen - mit einem Sendeverbot belegt wurden. Dann kam es zu einer Sitzblockade um dieses Sendeverbot durchzusetzen und dem Versuch einer gewaltsamen Durchbrechung von dieser, daran folgte die Veröffentlichung von Namen und deren politischen Zusammenhängen, u.a. auch bei uns, und und und...

Seit einiger Zeit war es still geworden, irgendwann musste es wieder eskalieren und der Punkt scheint jetzt gekommen zu sein: Forumradio soll u.a. rausfliegen, weil es über den Transmitter die FSK-Fördermitglieder aufgefordert hat, die Mitgliedsbeiträge auf sein Konto zu überweisen, was ganz offentsichtlich ein Akt gegen die finanzielle Basis des Radios ist.

Zur Erinnerung II: Der Senat ist gerade dabei, den offenen Kanal zugunsten einer privaten Hochschule zu beseitigen, weil er, wie die TAZ treffend schrieb, offensichtlich zu schwul, zu ausländerfreundlich und irgendwie zu links sei. FSK wollte nie wie der Offene Kanal sein, wollte im Gegensatz zu ihm eine inhaltliche Bestimmung. Nun scheint es so, als ob aus der inhaltlichen Bestimmung die Zerlegung des Projekts folgt. Der Streit hat sich von seinem inhaltlichen Ausgangspunkt längst entfernt, was bleibt sind taktische Spielchen, mit denen der "Machtkampf" entschieden werden soll.

Wie auch immer dieser "Machtkampf" ausgehen wird – verlieren werden alle.

Wir werden uns zu diesem Thema nochmal was überlegen und fordern Euch alle auf, so nervig die ganze Geschichte inzwischen auch sein mag, zu gucken, ob es noch vernünftige Ideen zur Lösung geben kann. Freies Radio ist wichtig für alle.

In diesem Sinne: aufregende, produktive und konstruktive Wochen wünscht soweit,

Z.



Hamburg: GelöbnixHH!

Endlich ist es soweit! Hamburg erhält sein erstes eigenes, öffentliches Gelöbnis auf dem Rathausmarkt. Es gibt konkrete Hinweise, dass die Party am 16.6.03 steigen wird. Wir sind zwar nicht eingeladen, wollen aber trotzdem mitfeiern! Hamburg feiert die Bundeswehr. Wir feiern mit! Endlich ist es soweit! Hamburg erhält sein erstes eigenes, öffentliches Gelöbnis auf dem Rathausmarkt. Es gibt konkrete Hinweise, dass die Party am 16.6.03 steigen wird. Wir sind zwar nicht eingeladen, wollen aber trotzdem mitfeiern!

Die hamburgische Rechtsregierung ist der Meinung, zur anstehenden Schliessung der Fischbeker Kaserne ihre Verbundenheit zum deutschen Militär demonstrieren zu wollen. Ausserdem möchte sie die Gelegenheit nutzen, die Exekution ihrer Politik mit solchen, lange Zeit in Hamburg unvorstellbaren Aktionen voranzutreiben. Interessanterweise ist auch die SPD ganz begeistert und dafuer und die GAL findet eigentlich nur, dass die Bundeswehr doch solche Provokationen nicht nötig haette. Soviel zur Parteienlandschaft.

GelöbnixHH!

Die Bundeswehr wiederum möchte mit der Veranstaltung ihre Imagekampagne fortführen, die sie seit Jahren mit etlichen, immer wieder kehrenden Ausstellungen und Gelöbnissen vorantreibt. Sie versucht sich penetrant als Bestandteil einer Zivilgesellschaft und ganz normale Arbeitgeberin zu präsentieren. Damit hat sie zwar schon viel zu häufig aber nicht immer Erfolg. Der jährliche Versuch, im Berliner Bendlerblock ein öffentliches, störungsfreies Gelöbnis abzuhalten, scheitert mit ebensolcher Regelmässigkeit an den Gegenaktivitäten. Und auch in Hamburg hatte sie Ärger: Die Ausstellung "Unser Heer" an den hamburger Landungsbrücken ist im April02 auf lauten und nervenden Widerstand gestoßen.

Hamburger Wetter!

Dieses Mal wollen sie ihre Party noch grösser und ausserdem draussen machen, dazu spät abends, wegen der Fackeln. Wir werden zwar nicht willkommen sein, aber wir werden trotzdem da sein - und wir werden für Hamburger Wetter sorgen und die Party sprengen mit einem Liedchen auf den Lippen: "Alles was ich will ist nur die Regierung stürzen..." Keine deutsche Armee ist jemals ein Instrument irgendeines Friedens gewesen und die Bundeswehr ist es auch nicht. Es gibt viele gute Gründe, gegen diese Armee und ihre gesellschaftliche Verankerung vorzugehen; sei es ihre konkrete Kriegspraxis, ihre historische Kontinuität, ihre staatstragende Funktion oder vieles weitere. Kein Gelöbnis in Hamburg! Gegen die Militarisierung der Gesellschaft!

040dos@hamburg.geloebnix.de http://hamburg.geloebnix.de

040dos. hamburg denial of service ist ein Aktionsnetzwerk diverser antimilitaristischer und friedenspolitischer Gruppen und Einzelpersonen aus Hamburg, das sich Anfang letzten Jahres zur Verhinderung des Gelöbnisses bildete.



Eine Kulisse der Weltoffenheit

Olympia als Katalysator städttischer Imagepolitik

Veranstaltungsreihe. Präsentiert von analyse+kritik (ak Zeitung für linke Debatte und Praxis), unterstützt von Lichtmeß und der Roten Flora.
Hamburg hat im nationalen Vorentscheid für die Bewerbung als Austragungsort der Olympischen Spiele 2012 gegen Leipzig verloren. Neben einer medial forcierten, pauschalen und scheinbar einhelligen Zustimmung aller HamburgerInnen hat erst in den letzten Wochen vor der Entscheidung ein Nachdenken auch über Hintergründe, mögliche Nachteile und Nebenwirkungen von Olympischen Spielen begonnen. Jetzt scheint das olympische Fieber vorbei, der Hamburger Senat aber hat in seinem neuen strategischen Leitbild „Wachsende Stadt - Metropole Hamburg" die Durchführung von Großereignissen als entscheidendes Element zur Imagesteigerung, Standort-Profilierung und zur Beschleunigung städtischer Umstrukturierungs-Politik definiert. Insofern sind künftig verstärkt, mit dem olympischen „Feuer und Flamme für Hamburg" als Vorlage, weitere Image- und Medienkampagnen zu erwarten.

Ende April ist in der Monatszeitung analyse + kritik (http://www.akweb.de) ein Themenschwerpunkt zu Olympia, Imageproduktion, Stadtentwicklung und Gegenkampagnen erschienen. Darauf aufbauend soll in einer Veranstaltungsreihe in Hamburg, dem Informations- und Diskussionsbedarf über eine städtische Politik, die auf Großereignisse als Antriebsmotor setzt, sowie über die Möglichkeiten interventionistischer Methoden, eine Plattform gegeben werden.

Die Veranstaltungen im einzelnen:

Freitag 16. Mai 19.30 Uhr Zone/ Lichtmeß, Gaußstr. 25, Hamburg Altona

Das Konzept Imagebeschmutzung. Nolympia in Berlin

Am 23.09.1993 entschied sich das Internationale Olympische Komitee (IOC) f,r Sydney als Austragungsort der Spiele 2000. Die Berliner Olympiabewerbung scheiterte kläglich: Berlin flog bereits im ersten Wahlgang raus. Die Gründe für die Ablehnung sind vielfältig: ein provinzielles Konzept, Pannen bei der Bewerbung, die hohe Verschuldung Berlins, der Bezug zur Nazi-Olympaide 1936 und nicht zuletzt die aktive Anti-Olympia-Bewegung in der Stadt dürften Faktoren gewesen sein, die Berlin aus dem Rennen geworfen haben.
Mitglieder des ehemaligen Anti-Olympia-Komitees Berlin (AOK Berlin) stellen die NOlympia-Kampagne Anfang der 90er vor. Sie erläutern ihre Erfahrungen mit dem Konzept der Imagebeschmutzung und bewerten ihre Kampagne mit dem zeitlichen Abstand von zehn Jahren in Bezug auf heutige Strategien gegen städtische Imagepolitik. Ergänzend dazu werden die legendären NOlympia „Bewerbungsvideos" aus Amsterdam 86 und Berlin 92 gezeigt.

Freitag 6. Juni 19.30 Uhr Rote Flora, Achidi-John-Platz 1, Hamburg

Die wachsende Metropole Hamburg: Amphetamine und Nebenwirkungen

Auch wenn Hamburg nicht den Zuschlag für die internationale Olympiabewerbung 2012 bekommen hat, stehen die im Zuge der Hamburger Bewerbungskampagne forcierten Projekte, wie HafenCity und Messeerweiterung, nach wie vor auf der städtischen Agenda.
In der zweiten Veranstaltung geht es um Projekte, räumliche und soziale Auswirkungen des Konzepts der „Wachsende Stadt - Metropole Hamburg". Mitglieder der KünstlerInnengruppe Tetrapak berichten über die HafenCity und ihr Projekt ready2capture, eine kritische Auseinandersetzung mit diesem größten Stadterweiterungsprojekt. Dirk Hauer

(SOPO und ak-Autor) wird zu den sozialen Auswirkungen der unternehmerischen Stadt referieren. Darüber hinaus ist eine ReferentIn zur Hamburger Stadtentwicklung und insbesondere der geplanten Messeereiterung angefragt.

Freitag 1. August 03 19.30 Uhr Zone/ Lichtmeß, Gauflstr. 25, Hamburg Altona

Nach Olympia

Anläflich der Olympischen Sommerspiele in Los Angeles 1932 wurde das erste olympische Dorf in der Geschichte der Neuzeit errichtet. In den Medien werden die Olypischen Dörfer häufig als „Dorf des Friedens und des Miteinanders“ und als „Global Village“ idealisiert. Demgegenüber steht der hohe Sicherheitsaufwand, der notwendig ist, um die SportlerInnen vor Attentaten und Anschlägen zu schützen. Auch nach den Spielen gleichen Olympische Dörfer häufig „Gated Communities“: Sie werden in der Regel von einer homogenen BewohnerInnenschaft genutzt und von privaten Sicherheitsdiensten bewacht. Die KünstlerInnen Wiebke Grösch und Frank Metzger (Frankfurt) haben im Rahmen ihres Projekts nach Olympia olympische Dörfer nach den Spielen besucht, sie waren u.a. in Berlin, München, Sydney, Seoul und Oslo/Lillehammer. In einem Diavortrag referieren Grösch/Metzger, wie ehemalige olympische Dörfer heute genutzt werden.



129a-Verfahren gegen linke Szene in Sachsen-Anhalt

Bereits am 27.11.2002 wurden Marco H. und Daniel W. Wegen des Vorwurfs festgenommen, eine terroristische Vereinigung namens „Kommando Freilassung aller politischen Gefangenen“ gegründet und zwei Anschläge im März 2001 begangen zu haben. Dabei handelt es sich um einen nicht gezündeten Brandsatz unter einem Fahrzeug des BGS in Magdeburg sowie den Wurf eines Molotow-Coctails gegen die Fassade eines LKA-Gebäudes. Insgesamt entstand ein „geringer Sachschaden“ - so die Polizeiangaben. Im Laufe der Ermittlungen wurden die Vorwürfe gegen die Beschuldigten durch diverse unaufgeklärte Anschläge der letzten Jahre in der Region Magdeburg erweitert. Irgendeine Beweislage dafür scheint es nicht zu geben, außer der, dass diese Anschläge typisch für „Linke“ seien und niemand sonst dafür in Frage käme.
Am 16.4.2003 wurde Carsten S. als dritter Verdächtiger in diesem laufenden Verfahren verhaftet.
Der §129a dient in der Regel zum Ausspionieren fast ausschließlich linker Strukturen, denn dieses Gesetz ermöglicht Ermittlungsbehörden den so genannten „Großen Lauschangriff“. Unter JuristInnen wird kaum jemand die Aussage wiederlegen können, dass der §129a ein „politischer Paragraph“ ist.

Linke Strukturen sind staatlichen Stellen suspekt und schlecht zu kontrollieren. Der §129 StGB wird daher gerne dazu genutzt, durch Observationen, insbesondere Abhören von Telefonen, Mitlesen von Emails und Briefen, Erstellen von Kontakt- und Bewegungsdiagrammen usw. Einblick in diese Strukturen zu gewinnen mit dem Ziel, die radikale Linke zu schwächen. Insbesondere zu Anfang der 90er Jahren wurde der 129a tatsächlich tausendfach gegen legale Gruppen angewandt (siehe „kleine Anfrage“ im Bundestag). Obwohl den Behörden beim §129a alle juristischen und technischen Mittel und Wege offen stehen, kommt es nur in 3 von 100 Fällen zu einer Verurteilung. Dies wäre eine ungeheuer niedrige Aufklärungsquote! In Wirklichkeit dienen 97% der Verfahren allein der Observation eines politischen unliebsamen Wettbewerbers. Die bekannt gewordenen Beispiele sind die 129a-Verfahren in Passau und Göttingen gegen Antifa-Strukturen. Auch diese beiden Verfahren mussten als 129a-Verfahren eingestellt werden, der entstandene Schaden für die Linke war trotzdem irreparabel.

Die linke alternative Szene Magdeburgs wird seit ca. April 2002 massiv observiert, Telefone werden abgehört, Emails gelesen und nachweislich versteckte Kameras installiert. Die Bundesanwaltschaft benötigt zur Aufrechterhaltung ihres Konstrukts einer „terroristischen Vereinigung“ bzw. zur Eröffnung eines Prozesses mindestens drei Personen. Bis jetzt sitzen Marco und Daniel in Untersuchungshaft. Um darüberhinaus die weitere U-Haft der beiden rechtfertigen zu können, musste vor dem nächsten Haftprüfungstermin und der Hauptverhandlung noch ein dritter Verdächtiger her. Denn wie gesagt: Nach §129a gehören zu einer „terroristischen Vereingung“ mindestens drei Personen. Andernfalls bleibt der Bundesstaatsanwaltschaft nur der Versuch einer Anklage wegen Sachbeschädigung gegen Einzelpersonen. Die Beweislage scheint sehr dünn und alles läuft auf einen Indizienprozeß hinaus. Die Magdeburger Linke wird die Vermutung nicht los, das es abgesehen von den Ermittlungen zu den Anschlägen auch hier den Behörden vor allem um eine Schwächung, Ausspionierung und Einschüchterung der bestehenden linken Gruppen geht.

Dieses Verfahren geht uns alle an!

Die Soligruppe Magdeburg ruft auf:
Organisiert Konzerte oder Veranstaltungen, über die Geld eingenommen werden kann!
Sprecht geeignete Leute wegen Geld-Spenden oder z.B. der Finanzierung von Knast-Zeitungsabos, Büchern etc.an

Spendet auf das Konto der Roten Hilfe:
Für Soliarbeit!
Für die Anti-129a-Kampagne!
Zur Unterstützung der Inhaftierten!

Konto:
Rote Hilfe Magdeburg
Stadtsparkasse Magdeburg
Kontonr.: 371 519 49
BLZ.: 810 532 72
Verwendungszweck: Soligruppe

Briefe an Marco, Daniel:
Marco Heinrichs, Daniel Winter
Ermittlungsrichter am BGH
Herrenstr. 45a
76133 Karlsruhe



Solidarität mit dem Widerstand in Argentinien !

Nach dem "Argentinazo", dem Aufstand der argentinischen Bevölkerung am 19. und 20. Dezember, der als ein Signal für die Krise des Kapitalismus um die ganze Welt ging, haben sich in Argentinien vielfältige neue soziale Bewegungen entwickelt. Arbeitslos gewordene Menschen haben sich entweder als piqueter@s (Streikposten) organisiert oder angefangen, ihre verlassenen Arbeitsstätten zu besetzen und wieder in Betrieb zu nehmen. Außerdem gründeten sich hunderte "asambleas barriales", Stadtteilversammlungen, die teilweise leerstehende Gebäude besetzten.
Nun scheint sich die Regierung von Buenos Aires im Kontext der Präsidentschaftswahl zum Ziel gesetzt zu haben, diese Bewegüngen zu zerstören. Es begann eine Welle der Räumungen besetzter Gebäude. Am Montag, dem 14. April wurde die ehemalige "Banco

Mayo" gewaltsam geräumt, in dem auch Indymedia Argentinien Räume zum Arbeiten fand. Die Räumung der Bank war somit auch ein Angriff auf alternative, autonome Kommunikationsstrukturen und auf das Fenster der Welt zu den argentinischen Bewegungen.
In der Nacht zum Freitag, dem 18. April begannen 250 schwer bewaffnete PolizistInnen, die seit dem 18. Dezember 2001 von den ArbeiterInnen besetzte und in Eigenregie betriebene Textilfabrik Brukman in Buenos Aires zu räumen. Brukman ist auch ein Symbol für den gesamten antikapitalistischen Widerstand in Argentinien.
Der Widerstand und Protest in Argentinien findet zwar in einer regional und historisch spezifischen Situation statt, aber trotzdem lassen sich Verknüpfungen zu den hiesigen Kämpfen, z.B. gegen Räumung und Vertreibung von Bauwagenplätzen, Sozialabbau und autoritäre Formierung, feststellen. Die neuen argentinischen Bewegungen haben Formen entwickelt, die auch für die Entwicklung von Widerstand hier interessant sind: die Selbstorganisation von unten, die Aneignung sozialer und ökonomischer Räume und darin die Entwicklung solidarischer Beziehungen und nicht zuletzt ein Nebeneinander vielfältiger Formen von Widerstand.
In der aktuell stark repressiven Situation ist es von zentraler Bedeutung, die sozialen Kämpfe in Argentinien zu thematisieren und solidarisch zu unterstützen

KUNDGEBUNG
Mittwoch 14.5.03 15 Uhr,
Argentinisches Generalkonsulat
Mittelweg 141/ Ecke Milchstraße



Kein Zug - kein Schiff – kein Flug für den Krieg gegen den Irak!
Die Aufmarsch- und Nachschubwege sabotieren!

Am 17.3.2003 haben wir an fünf Stellen in Niedersachsen, Hessen und Berlin Hakenkrallen an den Oberleitungen der Deutschen Bahn aufgehängt. Betroffen waren u.a. die Strecken zu den Kriegshäfen Emden und Wilhelmshaven. Seit mehreren Monaten nutzen die Streitkräfte der USA und Grossbritanniens Bahnstrecken, See- und Flughäfen, um Kriegsgerät und Truppen in die Golfregion zu transportieren. So wie auch schon die Bundeswehr diese Infrastruktur für ihre Einsätze z.B. im ehemaligen Jugoslawien gebrauchte.
Die Britische Armee verschiffte 300 Panzer über den Emdener Hafen; 12.000 Soldaten der 7. Panzerbrigade aus den Standorten Bergen-Hohne, Celle, Fallingbostel und Gütersloh wurden vom Flughafen Hannover-Langenhagen ausgeflogen.
Die US-Armee liess sowohl über die Häfen von Wilhelmshaven, Bremerhaven als auch über Antwerpen und Rotterdam Material verschiffen. In Rotterdam befindet sich das Military Sealift Command, das die gesamte Seeversorgung für die in Europa stationierten US-Einheiten koordiniert. Der Truppentransport der US-Armee wird hauptsächlich über die Flugbasen Rhein-Main, Spangdahlen und Ramstein abgewickelt.
Auch wenn maßgebliche Fraktionen des deutschen Imperialismus ihre Interessen und Ziele im bevorstehenden Irakkrieg nicht mit militärischen Mitteln zu erreichen versuchen: Zumindest logistisch ermöglicht die rot-grüne Bundesregierung ihren amerikanischen und britischen Nato-Verbündeten die Kriegsvorbereitung und –führung. Militante Aktionen gegen die Transport- und Nachschubwege der britischen und amerikanischen Armee in der BRD halten wir deshalb für einen guten Ansatzpunkt einer praktischen Antikriegsmobilisierung.
Diese muss perspektivisch auch die militärischen Projekte des deutschen Imperialismus angreifen. In Kürze werden neue „Verteidigungspolitische Richtlinien" verabschiedet, in denen die Verteidigung nationaler Interessen global neu definiert werden soll, um (so Struck) „Krisenbewältigung an jeder Stelle der Erde betreiben zu können". Der Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit einsatzfähigen Interventionstruppe soll beschleunigt werden, milliardenschwere Rüstungsprojekte die technischen Defizite der Bundeswhr ausgleichen.
Auch auf deutsche Projekte der Verwaltung und Steuerung von (Kriegs-) Flüchtlingsbewegungen und „Wiederaufbau" Vorhaben der deutschen Wirtschaft in Kriegsgebieten wäre das Augenmerk zu richten.

Kein Friede dem Imperialismus egal welche Sprache er spricht, welche Fahne er hisst.

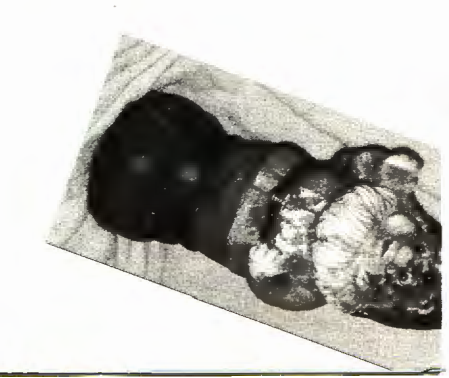
Militante Gruppen gegen den Krieg



die stadt gehört allen! die stadt ist für alle da!

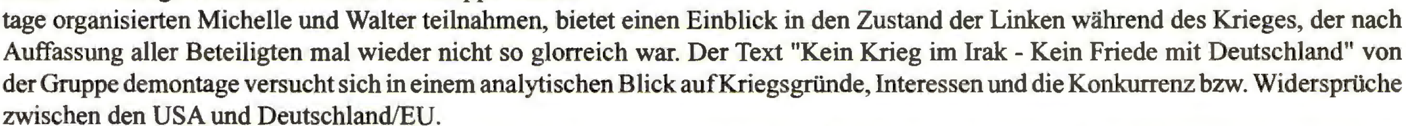
in der nacht zum 9.4.2003 wurde der eingangsbereich der messehalle an der karolinenstr. von uns angegriffen und mit farbe verschönert.
messeerweiterung, hafenrandbebauung, hafencity & olympia mehr und mehr großprojekte sind in den innerstädtischen wohn-und lebensräumen geplant oder schon umgesetzt. bezahlbarer wohnraum wird knapper, öffentlicher lebensraum privatisiert. die maßnahmen für eine saubere stadt, in der es nur noch um erlebnis und konsum geht werden immer brutaler.
sei es durch einsparungen bei sozialen projekten oder durch polizeieinsätze gegen obdachlose, junkies, alternative lebensformen oder demonstrierende schüler und schülerinnen.
für den rechtskonservativen senat gilt es, alles störende zu bekämpfen. wer nicht von allein verschwindet wird weggeprügelt.
für die großen visionen von senat und handelskammer werden dagegen, millionenbeträge alleine für imagekampagnen und werbung verschleudert. aber wir wollen eure scheiße nicht!
wir brauchen eure konsumtempel, hotels und antibakteriellen bürgesteige nicht!

für eine lebensgerechte stadt für alle! platz für alle bauwagenplätze und für alle zeiten die regierung stürzen!



Bambule gegen Krieg?

Der US-brit. geführte Krieg gegen den Irak ist schneller zu Ende gegangen als einige frohlockende deutsche Militärexperten es im Fernsehen prognostiziert hatten. Während ein Bericht über die Unwägbarkeiten des Häuserkampfs die nächste Expertenrunde zum selben Thema jagte, hatte sich die irakische Führung bereits klammheimlich aus dem Staub gemacht und die irakische Armee das getan, was wohl der beste Zug einer jeden Armee ist: die Waffen stehen lassen und nach Hause gehen.
Wie viele Menschen während des Krieges ums Leben kamen und welche Zerstörung er angerichtet hat ist zum gegenwärtigen Zeitpukt ebenso so unklar wie die Nachkriegsordnung des Irak. Neben diesen aktuellen Fragen bleibt aber auch das offen, was wir zusammengetragen hatten, als der Krieg noch in vollem Gange war. Die Diskussionsrunde zum Thema, an der Ernst von SAND (Systemoppositionelle Atomkraft Nein Danke), Klara von einer Gruppe ohne Namen, Tim aus autonomen Zusammenhängen und die zwei bei der Gruppe demontage organisierten Michelle und Walter teilnahmen, bietet einen Einblick in den Zustand der Linken während des Krieges, der nach Auffassung aller Beteiligten mal wieder nicht so glorreich war. Der Text "Kein Krieg im Irak - Kein Friede mit Deutschland" von der Gruppe demontage versucht sich in einem analytischen Blick auf Kriegsgründe, Interessen und die Konkurrenz bzw. Widersprüche zwischen den USA und Deutschland/EU.



Schliesslich haben wir noch in Anlehnung an die Feinderkennungsstrategie des US-Militärs einen Gimmick produziert, der es uns spielerisch ermöglichen soll, die hiesigen Schurken genauer auseinanderzuhalten. Irgendwie sehen die ja alle gleich aus (Schlips und Kragen), sprechen eine andere Sprache (Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung) und pflegen auch sonst uns eher fremd erscheinende Bräuche und Sitten.
Insgesamt wünschen wir uns, dass die Fragestellungen und Überlegungen zum Irak-Krieg über die Aktualität des Ereignisses hinaus weitergeführt werden und nicht so spurlos von der Bildfläche verschwinden, wie es bei der Friedensbewegung den Anschein hat.

Eine Diskussion um den Irak-Krieg, staatstragenden Pazifismus und die Linke

I. Kriegsgründe

X: Warum ist der Krieg gegen den Irak ausgebrochen und was sind für euch die Hintergründe?

Ernst: Es geht um das Hegemonialstreben der alleinigen Supermacht USA, es geht um geostrategische Interessen im Nahen Osten, es geht um wirtschaftliche Interessen - und das ist auch die Verfügbarkeit über Öl.
Und es geht um die Steuerung der Ölpreises, um die Unabhängigkeit von der OPEC und damit auch von Saudi-Arabien. Das heisst, es geht um den Standort USA, um die neue Weltordnung. Es geht um die Verteidigung des Dollars als weltweite Leitwährung - auch gegen die aufkommende Konkurrenz des Euro. Und der christliche Fundamentalismus Bushs ist nicht die Ursache des Krieges, sondern ein Mittel, um Konsens für diesen Krieg zu schaffen.

Tim: Den USA geht es auch um die Eindämmung potentieller Konkurreten wie der EU oder China. In der Bush-Doktrin vom September 2002 wird u.a. festgelegt, dass die Aussenpolitik der USA darauf ausgerichtet sein soll, keinen gleichwertigen Block neben den USA aufkommen zu lassen, der ihre Supermachtrolle gefährdet.
Klara: Ein weiterer Punkt, der die Bestrebungen alleinige Weltmacht zu sein, verdeutlicht, findet man auch unabhängig von diesem Krieg z.B. bei der Verhinderung der Strafverfolgung von US-Soldaten vor dem internationalen Strafgerichtshof. Die USA setzen sich über viele Vereinbarungen hinweg, die die Welt in einer einigermaßen geregelten Bahn halten sollen. In diesem Krieg ist es die UNO. Was nicht heissen soll, dass mit diesen Vereinbarungen allen Menschen die Möglichkeit gegeben ist an dem materiellen Reichtum dieser Welt teilzuhaben und die gleichen Chancen zur Gestaltung ihres Lebens haben.

Michelle: Wobei das alle kapitalistischen Zentren jeweils zu ihrer Zeit versuchen und machen. Der BRD-dominierte Angriffskrieg gegen Jugoslawien war auch nicht von der

UNO gedeckt. Als Ergänzung: Dass das Hegemonialbestreben über den Krieg, über eine militärische Operation durchgezogen wird, hat natürlich auch was mit der besonderen Militärmacht der USA zu tun. Wenn man diese überragende Militärmacht hat, liegt es auch nahe, sie anzuwenden. Der Grund, warum die USA Kriege durchziehen und andere Staaten nicht, ist, dass diese einfach nicht die Fähigkeit dazu besitzen, aber es genauso tun würden, wenn sie sie hätten.

X: Diese Militärmaschinerie hatten die USA auch schon beim letzten Golfkrieg, aber trotzdem hatte sich dieser Konflikt ganz anders dargestellt als jetzt. Seht ihr Unterschiede zum letzten Golfkrieg und worin liegen sie?

Walter: Ein Unterschied ist, dass seit dem Jahrtausendwechsel für die US-Administration klar geworden ist, dass Saudi-Arabien mittelfristig als strategischer Partner wegfällt. Die Allianz, die es '91 gab und an der fast alle arabischen Länder teilgenommen hatten, ist diesmal so nicht zustande gekommen. Da liegen sehr konkrete Unterschiede. Ein Teil der Entscheidungen, jetzt diesen Krieg zu führen hat damit zu tun, dass die strategischen Bündnispartner der USA in der Region nicht mehr die sein werden, die es letztes Jahrhundert gewesen sind. Beim ersten Golfkrieg gab es auch global noch eine andere Situation. Es gab faktisch noch die Reste der Sowjetunion, die USA hatte sich noch nicht klar als alleinige Weltmacht herausgebildet.

Ernst: Die Globalisierung des Marktes ist so weit fortgeschritten, dass die Kämpfe um die Marktanteile und die politischen Führungspositionen eine ganz andere Qualität erreichen. Globalisierung und Krieg sind die zwei Seiten einer Medallie. In der Entwicklung ordne ich auch diesen Krieg ein.

Walter: Vor zehn oder zwölf Jahren gab es noch nicht so eine ausdifferenzierte Konkurrenz zwischen Europa und den USA, wie es sie heute gibt. Dabei haben sich in den letzten Jahren auch europainterne Sachen weiter entwickelt. Deutschland hat damals nicht Versuche betreiben können, Weltmachtpoltik zu bestimmen. Damals hat die Bundesregierung den Krieg mitfinanziert, weil sie noch nicht in der Lage war, Truppen zu stellen. Inzwischen sind die Grundlagen geschaffen worden, die nationalen Interessen auch militärisch in der Welt durchzusetzen.

II. Innerimperialistische Konkurrenz

X: Wie bewertet ihr die Rolle Deutschlands und Frankreichs und ihre Versuche mit Russland eine Achse gegen die USA zu formieren, die eine scheinbar friedlichere Politik möglich machen soll? Worin seht ihr die Gründe, warum sie in diesem Fall nicht alle an einem Strang ziehen, warum ist der Konflikt jetzt so aufgebrochen?

Ernst: Frankreich und die BRD haben Angst davor, dass die USA allein weltweit über das Öl verfügen, also den Preis, die Produktionsmengen usw. bestimmen und dadurch auch die OPEC relativ ausschalten können. Frankreich hat Interesse am irakischen Öl, das zum großen Teil vertraglich abgesichert ist. Es geht nicht um eine prinzipielle Antikriegshaltung, sondern um andere Interessen und Strategien, um sich auf dem neoliberalisierten globalisierten Markt durchzusetzen. Es geht um den Standort und um die neue Weltordnung und besonders auch um Krieg als ein Projekt zur Durchsetzung dieser Ordnung. Krieg wird als legitimes Mittel der Politik immer offener gehandelt.
Die USA forcieren ihre Rolle als alleinige Supermacht und fordern die Kontrolle über die Welt neu ein. Die BRD erhebt eigene hegemoniale Ansprüche - auch im Widerspruch zu den USA. Im Streit um den Irak-Krieg geht es um unterschiedliche Strategien als Ausdruck derselben imperialen Ordnung.
Unser Nein zum Krieg heisst deshalb auf keinen Fall ein Ja zu den deutschnationalen Interessen. Die BRD hatte schon 1992 in den verteidigungspolitischen Richtlinien die "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" als "vitales Sicherheitsinteresse" formuliert, das auch militärisch durchgesetzt werden müsse.

Klara: Wobei Struck in einem anderen Interview die Einschätzung abgab, dass die europäischen Armeen niemals die gleiche militärische Stärke wie die USA haben werden, daher eher den USA untergeordnet sind, aber trotzdem in Konkurrenz zu ihnen eigene Interessen durchsetzen wollen.

Michelle: Ich gaube, es gibt ein gemeinsames imperialistisches Interesse über die Verfügung der Golfregion, aber es gibt auch eine Subebene unterschiedlicher konkreter Interessen. Die USA haben nicht unmittelbarer Interesse an der Wirtschaftsregion, sondern ein reduzierteres Interesse an den Ölvorräten, während Europa viel mehr in die arabischen Länder expotiert. Die BRD ist zentraler Handelsparter. Das sind alles Interessen, die durcheinander geraten, wenn im Irak jetzt das Regime wechselt.
Die BRD und Europa haben bis auf weiteres nur die Option, auf die multipolare Karte zu setzen und die UNO zu stärken. Es wird weiterhin so sein, dass sie sich als Friedensbeschaffer aufführen und die USA als diejenigen hinstellen, die gegen internationales Recht verstossen, aber das ist natürlich falsch.

Klara: Es geht auch Deutschland und Frankreich um die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen. Mit ihrer Antikriegshaltung haben sie im Nahen Osten aber perspektivisch gute Voraussetzungen, dort wirtschaftliche Vereinbarungen abzuschliessen.

Walter: In diesem Prozess zeichnet sich schon ab, dass die NATO zunehmend überflüssig wird. Noch ist die NATO für die USA ein Instrument, um die westeuropäischen Länder mit einzubinden, aber in Mazedonien hat jetzt das erste Mal die EU eine NATO Struktur ersetzt und der Aufbau der europäischen Verteidigungsstruktur wird immer weiter vorangetrieben. Ich gehe davon aus, dass die NATO in den nächsten Jahren aufgelöst wird und Europa sich als direkter Konkurrent der USA herauskristallisieren wird. Ich sehe jedenfalls den Aufbau der EU-Forces als Teil einer Strategie, Europa militärisch von den USA zunehmend unabhängiger zu machen. Wie schnell sich das entwickelt ist noch offen.

X: Heisst die Konsequenz aus dem, was ihr eben formuliert habt, das der Diplomatie Imperialismus der UN einem kriegerischen Imperialismus der USA
vorzuziehen wäre ? Kann man sich zu der Frage, ob die UN oder die USA die Nachkriegsordnung errichten sollen, überhaupt positionieren ?

Tim: Am Beispiel des Jugoslawienkriegs 1999 hat man ja gesehen, dass die diplomatische Variante nur eine taktische Maßnahme ist. Vor dem Hintergrund wie die EU über die UNO ihre Interessen durchsetzen will, kann ich den Ruf nach der UNO natürlich nicht unterstützen.

Klara: Ich finde, die Frage schwierig zu beantworten. Man macht immer eine Gratwanderung zwischen dem, was eigentlich eine linke Forderung sein muss, da würde ich dir zustimmen, und den konkreten Bedingungen vor Ort. Wenn ich z.B. über die irakische Bevölkerung nachdenke - ist es da nicht viel besser, wenn die UNO für die Verteilung der Hilfsgüter zuständig ist als eine Militärmacht wie die USA?

Ernst: Das wird der UNO ja zugestanden, nur die politische Gestaltung wollen sich die Siegermächte vorbehalten. Bleibt die Frage, ob die Forderung, die UNO muss in der Nachkriegszeit die politische Gestaltung mit übernehmen, eine Forderung ist, die wir unterstützen würden.

Michelle: Das ist eine politische Ebene, auf die ich mich gar nicht begeben würde. Ich finde einen radikal linken positiven Bezug auf das Völkerrecht falsch. Die UNO war nie das ausgleichende Schiedsgericht, sie war immer interessendominiert und kapitalistisch strukturiert. Die Debatte, ob UNO oder USA, ob unipolar oder multipolar, ist erstmal ein Aufhänger, an dem kapitalistische Wettstreitigkeiten aufgezogen werden.
Ich wüsste nicht, warum sich eine radikale Linke darauf beziehen sollte. Es gibt eine dominante militärische Weltmacht und es gibt andere, denen nur die Chance bleibt, auf Institutionen wie die UNO zu setzen, wenn sie politisch Einfluss nehmen wollen.



Klara: Ich denke, dass die Linke diese Situation hervorragend analysieren kann, aber trotzdem wird so wenig darüber diskutiert, wie es eigentlich weitergehen kann. Was wäre angemessen, damit es auch den Leuten dort besser geht. Über mögliche Entwicklungen finden keine Diskussion statt.

Ernst: Mir geht es so bei dieser Frage: Einerseits verstehe ich, warum die BRD und Frankreich ein so starkes Interesse haben, dass die Nachkriegszeit von der UNO gestaltet wird, weil sie da die Möglichkeit haben, ihre Interessen einzubringen. Deshalb müssen wir das analysieren und vermitteln, dass es sich um die gleichen imperialen Interessen handelt. Zum anderen, wenn das stimmt, was Du sagst, was ich aber noch nicht so sehe, dass die Bevölkerung dort mehr Möglichkeiten hat, das Leben selbst zu gestalten und aufzubauen, wenn es über die UNO läuft, dann würde ich sagen, ist es richtig, solche Forderung zu unterstützen.

Walter: Ich denke, für uns als Linke kann eine praktische Forderung nur in die Richtung gehen, dass dieser Krieg schnell beendet wird und die irakische Bevölkerung selbst entscheidet, wie sie sich verwalten will, was nicht gleichbedeutend mit einer UNO-Verwaltung ist. Anknüpfungspunkte für uns können nur emanzipatorische linke Kräfte im Irak sein.

III. Antikriegsbewegung

X: Anläßlich dieses Krieges gab es die größten Friedensdemos seit Jahren. Wie bewertet ihr diese Friedensdemonstrationen und den Widerstand insgesamt?

Ernst: Ich finde es ungeheuer positiv, dass weltweit so viele Menschen ihre Stimme erheben. Obwohl mir der Kontext, in dem das geschieht, nicht immer gefällt. Ich weiß, dass die Friedensbewegung in der BRD oft Strukturen hat, die bürgerliche Macht- und Parteistrukturen sind. Ich weiß aber, dass viele PazifistInnen im Rahmen dieser Friedensbewegung die Möglichkeit finden, zusammenzukommen und sich zu äußern. Pazifismus ist ja die Vorstellung, soweit ich das verstehe, dass Krieg kein geeignetes Mittel politischer Auseinandersetzung ist und deshalb radikal abzulehnen ist. Die Frage ist, ob das immer eingehalten werden kann. Es wird mir aber zu wenig die Frage nach den Ursachen und Hintergründen solcher Kriege gestellt und wie die Ursachen so zu verändern sind, dass Kriege nicht mehr stattfinden. Gut, aber das ist die Aufgabe der Linken - so begreife ich das -, mit ihren Vorstellungen in die Demonstrationen hineinzugehen, um zu gucken, ob es gemeinsame Möglichkeiten gibt, wirksamer gegen diesen Krieg vorzugehen.

X: Gleichzeitig gibt es den Vorwurf, dass die Friedensbewegung sehr staatstragend agiert, Friedensbewegung nicht nur, wie Du es beschreibst, aus PazifistInnen besteht, sondern die großen Demos auch unter Beteiligung von SPD und Grünen stattgefunden haben, in Hamburg bspw. Olaf Scholz als Redner aufgetreten ist. Läßt sich dann überhaupt von einer breiten Masse gegen den Krieg reden oder ist das nicht ein Gemisch, in dem sich auch nationale Interessen tummeln und deswegen auch zu kritisieren ist?

Ernst: Ich finde es verhängnisvoll, wenn Leute aus der SPD und von den Grünen nicht als Privatpersonen, sondern offiziell als Mitglieder der Partei mit ihren Symbolen einen Platz auf diesen Freidensdemonstrationen haben. Leute oder Organisationen, die an den Hebeln der Macht sitzen und verantwortlich sind für Kriege und deren Opposition gegen den Krieg nur einem taktischen Kalkül entspringt. Mit diese Leuten will ich nicht zusammen demonstieren, ich finde das heuchlerisch und zynisch. Es gab mehrere Versuche in Bremen, aber auch in Hamburg, sich öffentlich von SPD und Grünen zu distanzieren und das politisch zu vermitteln. Das finde ich wichtig und muß offensiv auch geschehen. An solchen Stellen muß klar gemacht werden, welche Rolle diese Parteien in diesem Kontext spielen.

Klara: Ich denke, es gibt da zum einen diejenigen, die zur klassischen Friedensbewegung gehören und Forderungen aufstellen, die sich positiv auf die Bundesregierung beziehen. Ich würde auch nicht sagen, das all diejenigen, die auf den Demonstrationen waren, eine grundsätzlich antimilitaristische Haltung haben, sondern gegen diesen Krieg waren.
Was ich aber darin sehe ist, dass es eine Möglichkeit der Auseinandersetzung gibt, dass ein sehr großes Interesse an Flugblättern vorhanden ist. Es ist eine Menge in Bewegung, was sich vielleicht auch perspektivisch auswirken kann. Die Frage finde ich ersteinmal offen.

Tim: Das finde ich aber gerade die interessante Frage: warum gerade an diesem Krieg so eine große Friedensbewegung in Deutschland entstanden ist. Nur um das vorwegzuschicken: Ich würde jetzt nicht den Fehler machen, die Friedensbewegung auf einen homogenen Block zu reduzieren. Aber im Mainstream dieser Bewegung wurde eins zu eins deutsche Regierungspolitik betrieben. Und dieses konnte im Konsens der Mobilisierung weitestgehend ohne Widerspruch betrieben werden. Es gab keine Analyse und Kritik deutsch-europäischer Interessen, die ein eigenständiges imperialistisches Interesse darstellen. Das sind Positionen, die ich aus einer linksradikalen Position heraus kritisieren und auch bekämpfen muss - an den Punkten einer Bewegung, an denen deutlich wird, dass sich nichts Emanzipatorisches entwickelt.

Ernst: Wie sieht denn das Bekämpfen aus ?

Tim: Das muss auf einer inhaltlichen Ebene stattfinden: Deutlich machen, was dieser Regierungspazifismus bedeutet, deutlich machen, welche Interessen Deutschland/EU in ihrer Antikriegshaltung vertreten; deutlich machen, dass die Friedensbewegung in großen Teilen von grünen Sozialdemokraten unterstützt wird, die vor vier Jahren für den ersten deutschen Angriffskrieg seit 45 verantwortlich waren. Wir müßten zu eigenständigen Aktionen finden, die nicht mehr im Rahmen der großen Friedensdemos stattfinden. Ich finde es zwar richtig, zu versuchen, auf große Friedensdemonstrationen mit eigenen Transparenten zu gehen, wie es hier mit dem Transparent "Kein Krieg gegen den Irak - Kein Frieden mit Deutschland" geschehen ist. Auf der anderen Seite haben wir aber gemerkt, dass wir auf solchen Demonstrationen total untergehen und einfach Füllmasse stellen. Und dann bleibe ich lieber fort.

Michelle: Ich entwickle zu dem, was sich da als Friedensbeweung formiert, kein positives

Verhältnis, sondern sehe es im wesentlichen als Ausdruck bürgerlichen Denkens, was einen bestimmten Zustand, den Kriegszustand, kritisiert, aber den Nichtkriegszustand überhaupt nicht im Kopf hat. Ich glaube, die Größe der Mobilisierung hier in Deutschland hat mit der Wahlkampftaktik der SPD zu tun. Die Friedensbewegung ist nicht Ausdruck eines fortgeschrittenen zivilisatorischen Bewußtseins der Bevölkerung, sondern als Folge einer staatlich organisierten Mobilisierung entstanden - wie es bei den Lichterketten und dem "Aufstand der Anständigen" der Fall war. Nichtsdestotrotz sollte es für radikale Linke ein Bezugspunkt sein, um zu intervenieren. Aber es kann nur darum gehen, mit Kritik präsent zu sein und nicht sich über die Breite der Bewegung zu freuen, weil erstens das Ganze schnell wieder abgeebt sein wird und keine Thematisierung des imperialistischen Normalzustandes stattfinden wird und zweitens die Kategorie des BRD-Imperialismus überhaupt nicht vorhanden ist. Es ist keine linke Bewegung und ich glaube auch nicht, dass die Linke stark genug ist, um dort Prozesse in Gang zu bringen. Das einzige, was uns eint, ist der Anlaß, dass Krieg ist, und es eine linke Selbstverständlichkeit ist, gegen Krieg zu sein.

Ernst: Ich finde das sehr abstrakt. Einerseits kann ich das nachvollziehen, andererseits weiß ich, dass Krieg für viele Leute der extremste Ausdruck imperialer Politik ist, wo sie anfangen, nachzudenken, weil sie sich ganz anders betroffen fühlen als in ihrem normalen Alltag. Das kannst Du kritisieren, das ist aber Fakt. Wenn Du z.B. die Demonstration am 15. in Berlin siehst und weißt, wie viele Leute aus der ganzen BRD sich zusammengeschlossen haben, um sich zu artikulieren, dann kannst Du nicht so theoretisch über über die Leute hinweggehen, sondern musst sehen: das sind für uns die AnsprechpartnerInnen, mit denen wir uns über diese Fragen auseinandersetzen können. Und unsere Aufgabe ist es, die wir momentan gar nicht wahrnehmen, weil wir vielleicht zu schwach sind oder es nicht begreifen, dass das eine Chance ist, ganz anders wieder in die Auseinandersetzung zu kommen. Das sollten wir wahrnehmen.
Weltweit war der Charakter der Kundgebungen ja auch ganz unterschiedlich. In Italien war es anders als in England oder Spanien usw. Es gibt an diesen Stellen die Chance einer vernetzten politischen Diskussion. Wenn wir das nicht wahrnehmen, werden wir uns politisch isolieren und politisch keine Rolle mehr spielen.

Michelle: Zwei Anmerkungen: Das Argument, dass es der Krieg ist, der die Leute dazu bringt über die Geschäftsordnung nachzudenken, halte ich für falsch. Als vor drei Jahren Belgrad bombardiert wurde , ist kaum jemand auf die Strasse gegangen. Ich glaube die jetzige Beteiligung funktioniert nur über die staatliche Organisierung.
Das andere ist, da stimme ich dir zu, sich die Unterschiedlichkeiten der Bewegungen anzugucken. Das ist schon in Europa unterschiedlich, ob sich die Regierungen für oder gegen den Krieg ausgesprochen haben und entsprechend die Antikriegsbewegungen sich auch gegen die eigenen Regierungen richten oder nicht. In der Wirkung stützt die Bewegung auf der Strasse das nationale Interesse der BRD wie bei den Lichterketten. Es wird die Besonderheit verhandelt, aber nicht die Geschäftsordnung.

Klara: Mir ist trotzdem jemand, der auf die Strasse geht und darüber vielleicht anfängt nachzudenken, ersteinmal lieber als jemand, der überhaupt nicht auf die Strasse geht. Wenn 500 000 Leute auf die Strasse gehen und "Kein Blut für Öl" sagen, ist mir das immer noch lieber als jemand, der überhaupt nicht auf die Strasse geht und lieber playstation spielt. Es gibt eine Möglichkeit der Auseinandersetzung und mir würde es nicht darum gehen, den Leuten die Unterstützung nationaler Interessen vorzuwerfen, sondern deutlich zu machen, dass es um einige Punkte mehr geht, die Rolle Deutschlands und weitere Perspektiven. Es gibt ja auch innerhalb der radikalen Linken große Meinungsverschiedenheit, es gibt viel Distanzierung und Nichtverhalten. Was erwarte ich eigentlich innerhalb der Antikriegsbewegung von anderen, wenn es vielen eher darum geht, 15 Bauwagenplätze durchzusetzen und nicht auf eine Antikriegsdemonstration zu gehen ? Es findet mir in vielen Teilen der radikalen Linken zu wenig Auseinandersetzung darüber statt, welche Folgen dieser Krieg für die weltpolitische Lage und Entwicklung hat.

Ernst: Es ist richtig, dass die Bundesregierung die Antikriegsbewegung für ihre Zwecke instrumentalisiert. Dieser Protest ist aber nicht staatlich koordiniert. Wenn die Regierung für diesen Krieg wäre, wäre der Protest größer und würde sich auch gegen die Regierung richten.
Wir müssen mit den Leuten reden, was wir wiederum nur tun können, wenn wir uns auch beteiligen, wenn wir uns artikulieren und greifbar sind, und nicht, wenn wir außen stehen und kluge Ratschläge geben.

Tim: Aber zu vermitteln heißt ja, nicht nur darauf hinzuweisen, dass eine Kritik an Deutschland fehlt, sondern darauf aufmerksam zu machen, dass sich ein reaktionärer Bodensatz in dieser Friedensbewegung äußert. Antiamerikanismus ist eine bestimmende Konstante genauso wie die Anrufung an die eigenen Herrschenden, doch bitte gegen die USA zu stehen, ein Bezug auf das alte Europa usw. Mit Antiamerikanismus läßt sich schnell eine große Zustimmung erzielen - die USA sind zum Synonym für den weltweiten Kapitalismus geworden und die hiesigen Herrschaftsverhältnisse werden darüber relativiert oder sogar bejubelt. Nicht zufällig sind bestimmte Naziforderungen nicht mehr von denen der Friedensbewegung zu unterscheiden. Es findet über die Parallelen zur Bombardierung Dresdens eine Identifizierung mit der Situation im Irak statt: Deutsche waren eben auch Opfer der US-brit. Streitkräfte. Über dieses Argument vollzieht sich die Umdeutung des nationalsozialistischen Krieges und man ist vereint als Opfer.

Walter: Wenn die BRD den Krieg unterstützen würde, gäbe es eine Menschenrechtslegitimation und entsprechend weniger Menschen, die gegen den Krieg protestieren. Auf dieser Ebene ist der Jugoslawienkrieg legitimiert worden. Von daher ist die Masse dieser Bewegung elementar daran geknüpft, dass die Regierung den Krieg ablehnt.
Worüber ich mich freue, ist, dass viele junge Leute auf die Strasse gehen. Da ist es notwendig, unsere Sichtweise zu vermitteln.

Klara: Mit welcher Begründung die BRD sich an diesem Krieg beteiligt hätte und ob dann weniger Leute auf die Strasse gegangen wären, ist eine Spekulation. Im zweiten Golfkrieg 1991, der mit finanzieller Unterstützung der BRD stattfand, gab es auch große Demonstrationen. Auch dort ging es um den Protest gegen die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen mit militärischen Mitteln. Das ist zwölf Jahre her und inzwischen gibt es weitere Erfahrungen mit dem Jugoslawien- und dem Afghanistankrieg.

Ernst: Zwei Sachen fallen mir dazu ein. Und zwar: Müssen wir uns die Frage stellen, wie unterscheidet sich dieser Krieg vom Jugoslawienkrieg oder dem Krieg gegen Afghanistan. Weshalb waren damals so wenige gegen den Krieg und weshalb ist das jetzt so ein Selbstgänger ?
Ich denke, dass es beim Jugoslawienkrieg lange nicht so ein öffentliche Entwicklug gegeben hat. An der Auseinandersetzung um diesen Krieg sind mehr Menschen beteiligt, was die Grundlage für die Größe der jetzigen Proteste ist.
Der Jugoslawienkrieg ist viel über Propaganda gelaufen, wenige Menschen waren öffentlich mit einbezogen.
Das andere bezieht sich auf die Aussage, die Nazis haben die gleichen Forderungen. Das heißt ja nicht, wenn Du eine punktuelle Forderung hast und die Nazis haben sie auch, dass diese Forderung falsch ist. Ich erinnere an Brokdorf, wo die Nazis ebenfalls gesagt haben: Kein AKW in Brokdorf oder anderswo. Wir waren gezwungen, unsere Forderungen in einen ganz anderen Kontext zu stellen. Wir mussten sagen, wie kommen wir zu dieser Forderung und wie stellen wir uns eine Gesellschaft vor, in der solche Technologien nicht mehr vorkommen. Und da haben wir uns unterschieden von den Nazis. Wenn jetzt die Nazis mit denselben Forderung

auftreten, dann dürfen wir nicht sagen, unsere Forderungen sind falsch, sondern wir müssen die Forderungen in den gesellschaftlichen Kontext stellen, um aufzuzeigen, wie wir unsere Forderungen ableiten und was für eine Gesellschaft wir anstreben. Dadurch werden wir unterscheidbar und kritisierbar und ansprechbar.

Tim: Da würde ich Dir recht geben, aber ich sehe nicht, dass das momentan in der Friedensbewegung passiert.

x: Nochmal zum öffentlichen Interesse am Krieg: Ich denke, dass die öffentliche Auseinandersetzung zum Irakkrieg, die Ernst gemeint hat, eben auch wieder Resultat der Regierungsposition ist. Dass die Aufklärung, über die Interessen usw. nur deshalb soviel Raum in den Medien bekommen hat, weil die Regierung gegen den Krieg war.
Zum anderen zielt die öffentliche Diskussion nur auf einen beschränkten Punkt, das Öl ab. Auch das ist für mich ein Indiz für die Bedeutung der Regierungsposition.

Ernst: Ich würde es anders formulieren: Weil über die Konflikte unter den Regierungen eine öffentliche Auseinandersetzung stattfindet, gibt es die Möglichkeit, in diese Auseinandersetzung einzugreifen. Das sind die materiellen Bedingungen, das kannst Du niemandem vorwerfen. Das heißt nicht, dass die Regierung die Friedensbewegung steuert. Dieser Konflikt hat Möglichkeiten eröffnet und das ist auch genutzt worden. Das ist etwas positives.

X: Wobei sich auch hier die Frage anschliessen würde: Von wem ist es genutzt worden ? Wir hatten ja festgestellt, dass es von der radikalen Linken wenig genutzt worden ist.

Walter: Ich würde auch nicht behaupten, dass die SPD und die Grünen die Bewegung inszeniert haben und steuern würden. Ich glaube aber schon, dass die mediale Darstellung in den letzten Monaten vor dem Krieg, die Regierungspolitik vermittelt und unterstützt wurde, und dass das ein Faktor dafür ist, dass so viele Menschen auf die Strasse gehen.
Ich denke, dass die Linke dort intervenieren muss, weil die inhaltliche Zuspitzung der Bewegung außer Acht lässt, dass nicht die USA der einzige Feind der Menschheit sind, auch wenn sie eine Weltmacht sind. Die inhaltliche Zuspitzung der Bewegung verhindert, dass die Menschen, die wir ansprechen wollen, erkennen, dass das Problem die gesellschaftlichen Bedingungen sind, nach denen die Welt strukturiert ist. Das ist unsere Aufgabe, das in die Bewegung hineinzutragen.

X: Noch eine Nachfrage zum Antiamerikanismus: Wie sind Eure Erfahrungen auf Demos, was das Verhältnis von Antiamerikanismus und Kritik angeht und wo, inhaltlich bestimmt, hört für Euch die Kritik auf und fängt das antiamerikanische Ressentiment an?

Michelle: Das Ressentiment fängt für mich da an, wo es einen positiven Bezug auf die eignen Werte gibt. Natürlich muss der US-Imperialismus aus radikal linker Perspektive kritisiert werden. Ich nehme die Friedensbewegung aus eigener Erfahrung schon so wahr, dass es einen starken Bezug auf die eigenen Werte gibt, wie es sich auch in der gerade bei den Grünen beliebten Rede vom "alten Europa" ausdrückt. Eigentlich ist das ein politischer Skandal, wenn man ein wenig Geschichtsbewusstsein hat, sich auf die Urstätte der kapitalisitischen Entwicklung positiv zu berufen. Man bezieht sich damit indirekt ja auch positiv auf den Nationalsozialismus. Das mit dem "alten Europa" ist jetzt ein spezielles Beispiel, aber auch sonst gibt es meiner Wahrnehmung nach in Redebeiträgen usw. immer die Gegenüberstellung von den USA als den kulturlosen Wilden, die ihre Interessen unmittelbar durchsetzen, und das durch die 68er geläuterte Deutschland, das einen Friedensauftrag hat. Wenn es in diesem Sinne einen positiven Bezug gibt, ist das für mich Ressentiment, was ganz wesentlich Schmiermittel dieser Demos ist.

IV. Linke Intervention und Perspektive

X: Ich denke, es ist deutlich geworden, dass der Anteil der radikalen Linken in dieser Antikriegsbewegung eher marginal ist. Es hat bspw. keine Vollversammlung in der Flora gegeben. Es gab am Tag X zwar eine eigene Demo, aber danach ist nicht mehr viel an eigenständigen Aktionen gekommen. Wie schätzt ihr das ein, was wäre zu tun und wie geht es voran ?

Ernst: Ich finde, die radikale Linke kommt in diesem Konflikt kaum vor. Es gibt inzwischen eine ganze Menge an Flugblättern und Texten, die ich auch ganz interessant finde, die sich aber kaum nach aussen wenden. Das liegt nicht an dem Krieg, sondern daran, dass die Linke erst seit den letzten Jahren wieder dabei ist, die ersten Schritte zur Auseinandersetzung zu machen. Was wir tun können, ist, uns einzumischen und unsere Themen hineinzutragen.

Klara: Mein Eindruck ist - vielleicht ist das auch hamburgspezifisch -, dass es zum Jugoslawienkrieg und zum 11.9. noch eine Zusammenarbeit z.B. mit dem Hamburger Forum gab, während das bei diesem Krieg überhaupt nicht der Fall ist, man eher von einer totalen Zersplitterung sprechen kann, was auch mit den ganzen Diskussionen der letzten Zeit über Antisemitismus zu tun hat. Ich finde es hier ziemlich desaströs. Viele sehe ich noch nicht einmal auf der Strasse, was vielleicht auch damit zu tun hat, dass antimilitaristische Arbeit, eh nicht so beliebt ist, weil man keine konkreten Forderungen hat, die man auch durchsetzen kann.

Ernst: Ich möchte noch etwas ergänzen, was mir speziell für Hamburg wichtig ist. Wenn



ich sehe, welche starke Mobilisierung es bei Bambule gibt. Ich finde Bambule sehr wichtig. Mir geht es dabei nicht in erster Linie um die 20 Bauwagen, sondern darum, dass wir in der Lage sein sollten, soziale Orte zu schaffen und zu verteidigen, weil das die Grundlage für politische Kommunikation und Aktion ist. Aber ich finde es verhängnisvoll, wenn Bambuledemos parallel zu Antikriegsaktionen stattfinden, ohne aufeinander Bezug zu nehmen. Das wäre ein Punkt, an dem Bambule sich überlegen müsste, was Bambule, was unsere sozialen Orte mit diesem Krieg zu tun haben.

Klara: Mir geht es ähnlich. Neben den ganzen Bambule gegen den Senat, Bambule gegen Olympia hätte ich mir gewünscht, dass auch Bambule gegen Krieg auftauchen würde.

Michelle: Das verweist aber auch darauf, dass der linksradikale Anteil an Bambule mehr Schein als Sein ist, wie es auch die geringe Beteiligung an der Demo zum Jahrestag des Todes Achidi Johns gezeigt hat. Die Idee finde ich auch richtig, aber ich würde es der radikalen Linken nicht unbedingt zum Vorwurf machen, weil sie einfach sehr schwach ist, viele Strukturen in den letzten zehn Jahren auseinandergeflogen sind und sie vielleicht jetzt erst langsam wieder auf die Beine kommt. Inhaltlich beobachte ich eine Annäherung, was bspw. die Kritik der Friedensbewegung angeht.

Walter: Trotzdem würde ich auch sagen, dass die Auseinandersetzung um Antisemitismus eher gelähmt hat. Auch die Konflikte aus dem letzten Golfkrieg spielen noch eine Rolle. Was damals an Konflikten ausgebrochen ist, führt dazu, dass nur noch bestimmte Leute sich zusammensetzen.

Michelle: Zwei Abgrenzungen finde ich nach wie vor wichtig. Zum einen gegenüber einem Antiimperialismus, der sich im Schulterschluss mit der bürgerlichen Öffentlichkeit allein gegen die USA wendet. Und zum anderen auch gegenüber einer kriegsbefürwortenden Position. Ich finde es einen Skandal und scheinradikal, sich positiv auf den bürgerlichen Ausnahmezustand zu beziehen und zu erwarten, dass darauf Zustände folgen, die emanzipatorisch sind oder auch nur den Lebensinteressen der Betroffenen zugute kommen.

X: Aber hat die Schwäche der Mobilisierung einer radikalen Linken nicht auch mit den Bedingungen dieses Krieges zu tun und damit auch der Schwierigkeit, sich auf den Irak als etwas zu beziehen, dessen Regierung gegen einen feindlichen Angriff verteidigt werden muss. Die Kriegsbefürwortung innerhalb der Linken findet ja, wenn sie stattfindet, mit einem Bezug auf die irakische Opposition statt. Natürlich wird das oft einseitig dargestellt, aber man kann es auch schlecht aus der Welt schaffen, dass es innerhalb der irakischen Opposition Fraktionen gibt, die aus einleuchtenden Gründen mit einer militärischen Intervention die Hoffnung verbinden, nach 30 Jahren das verhasste Regime loszuwerden und sich von dem Zustand danach mehr versprechen als von dem, der gerade ist und bleiben würde, wenn dieser Krieg nicht stattfindet. Ist das nicht auch ein Grund für die Schwierigkeit der radikalen Linken, etwas mehr drive in dem Widerstand gegen den Krieg zu entwickeln ?

Klara: Ich glaube, der Punkt ist nicht, dass es im Irak nichts gibt, auf das man sich positiv beziehen könnte, sondern die Schwierigkeit ist, sich so zu positionieren, dass man in der Friedensbewegung nicht untergeht.

Ernst: Ich sehe das Problem darin, dass die radikale Linke praktisch keine Rolle spielt. Sie kann sagen, was sie will, aber es hat keine praktische Bedeutung. Und wenn es keine praktische Bedeutung hat, dann hat es auch keine Verbindlichkeit. Wenn Du das, was Du sagst, nicht auch praktisch umzusetzen versuchst, wirst du zu einem abstrakten Gebilde und bedeutungslos. Das ist bis auf punktuelle Ausnahmen weitgehend der Zustand.

Tim: Es nützt ja nichts, die Schwäche zu beklagen, sondern man muss sich fragen, was man unter diesen Bedingungen tun kann. Ich fand z.B. die Kritik daran, dass innerhalb der Bambule Auseinandersetzungen keine Thematisierung des Krieges stattfand, eine richtige Kritik, die ich als Bambule Beteiligter auch ernst nehme.

X: Ich würde doch noch gegen die Theorie der Schwäche etwas einwenden, schließlich haben hier in Hamburg einige Sachen mehr zur Bambule oder dem Senat stattgefunden und mein Eindruck ist, dass es tatsächlich ein Problem ist, dass nie aufgearbeitet worden ist, dass die positiven internationalen Bezüge abhanden gekommen sind, die früher eine starke mobilisierende Wirkung hatten.

Ernst: Es liegt nicht daran, dass theoretische Fehler gemacht worden sind. Verloren gegangen ist die Hoffnung, etwas grundsätzlich verändern zu können. Es gibt keine linke Utopie mehr, die uns verbinden würde. Es gibt über die unterschiedlichen Beweggründe hinweg nicht das Bewußtsein, dass wir aufeinander angewiesen sind. So ist innerhalb der radikalen Linken die konstruktive Kritik und Auseinandersetzung und damit eine gemeinsame Entwicklung verloren gegangen. Das müssen wir schleunigst ändern.

X: Was sind Eure Vorstellungen für Aktionen in der nächsten Zeit, in welche Richtung müsste es konkret gehen.

Klara: Wir informieren uns über Unternehmen, die Rüstungstechnologie produzieren bzw. anbieten und diskutieren über die mögliche Nachkriegsordnung und weitere Entwicklungen.

Tim: Wir versuchen, die deutsch-europäische Rolle stärker ins Zentrum zu stellen - gerade in Bezug auf den Aufbau einer europäischen Verteidigungsarmee. Wir werden aber auch die US-Politik gleichzeitig zum Thema machen, wie wir es bereits in dem Flugblatt "Kein Krieg gegen den Irak. Kein Frieden mit Deutschland" versucht haben.

Ernst: Wir beschäftigen uns u.a. mit der Frage, welche Rolle die Atomtechnologie im Rahmen der neuen Weltordnung spielt. Wieweit sind Krieg und Globalisierung zwei Seiten einer Medaille, was hat Sozialabbau mit dieser Entwicklung zu tun ? Praktisch - als Nahziel - wollen wir dazu beitragen, dass alle Atomkraftwerke stillgelegt werden
Und wir denken darüber nach, was wir dem Sozialabbau auch in seier Normierungs- und Selektionsfunktion entgegensetzen können.

Skatspiel „know your enemies“

































Kein Krieg im Irak – Kein Friede mit Deutschland

Imperialistische Gegensätze im Irak-Konflikt

Mitte März bemühte ein Fernsehkom-mentator für die Beschreibung der Ent-wicklung im Irakkonflikt folgendes Bild: Zwei Züge rasten aufeinander zu und keine der Konfliktparteien aus den USA und Europa sei in der Lage, sie aufzuhalten. Bleibt man in diesem Bild, stellt sich die Frage, welche der am Konflikt beteiligten Parteien mit welcher Intention die Züge aufeinander zurasen lassen. Um sich den gegenwärtig am Irakkonflikt ausgetragenen Widersprüchen zwischen den verschiedenen imperialistischen Ländern nähern zu können, ist deshalb ein Blick auf die unterschiedlichen ökonomischen, politischen und militärischen Voraussetzungen dieser Akteure sinnvoll. Dabei wird auch deutlich in welchen ideologischen Formen die Kontrahenten den Konflikt austragen.

Obwohl die USA weiterhin die größte in einem Staat organisierte Volkswirtschaft besitzen sind Zeichen eines relativen ökonomischen Niederganges der USA auszumachen. Im Handel mit anderen kapitalistischen Staaten besitzen die USA ein hohes Leistungsbilanzdefizit, was sich in einer im Verhältnis hohen Auslandsverschuldung und der Aufblä-hung der Dollargeldmenge niederschlägt. Langfristig ist damit ein deutlicher Wertverlust des Dollars angelegt. Insbesondere in weiten Bereichen der Konsumgüterindustrie und dem Anla-genbau sind die USA heute nicht mehr konkurrenzfähig. In dem Zukunftsmarkt ressourcensparender Industrien und Energieversorgung können die USA mit ihrer Ausrichtung auf die Ölindustrie im Gegensatz zu Europa auf keine Fortschritte verweisen.
Bisher blieb der Dollar jedoch aufgrund der politisch-militärischen Dominanz der USA die Leitwährung der Welt. Im Zweifelsfall kann das US-Militär gerufen werden, um eine politi-sche Krise, welche die Wirtschaft destabilisiert, ruhig zu stellen. Im Falle des Iraks können die USA die machtpo-litischen Voraussetzungen schaffen, um sich die strategische Ressource Öl günstig anzueignen.
Was die Quantität der Wirtschaftsleistung betrifft sind sich die USA und die EU ungefähr gleich stark. Die Qualität der USA besteht jedoch unter anderem finanzpolitisch darin, dass auf dem einheitlichen Wirtschaftsraum ein vereinheitlichter politischer Wille aufbaut, der auch militärisch in die ganze Welt projiziert werden kann. Die Funktion einer Leitwährung, nach der sich die anderen Währungen in ihrer Wertbestimmung ausrichten, hat für die USA den Vorteil, dass beispielsweise die Schuldentilgung der USA gegenüber dem Ausland durch eine Notenbank gesteuerte Abwertung deutlich begün-stigt werden kann. Umgekehrt führt eine Aufwertung des Dollars zu einer Erhöhung des Ölpreises für die anderen Länder und kann damit zum Schaden von Konkurrenten eingesetzt werden.

Die neue Sicherheitsstrategie der USA

Im September 2002 verkündeten die USA eine neue Nationale Sicherheits-strategie (www.whitehouse.gov/nsc/). Darin wird geschildert, wie sich nach dem Ende des sowjetischen Machtblok-kes für die USA neue Möglichkeiten, aber auch Risiken ergeben. In dem Papier wird eine erneute Runde von Machtkämpfe zwischen den bestehen-den und potentiellen Großmächten Russland, China, Indien, der EU und den USA für möglich gehalten. Wäh-rend des Kalten Krieges waren Westeu-ropa und die USA wesentlich stärker als heute aufeinander angewiesen. Westeuropa meinte die USA als militärische Schutzmacht zu benötigen. Für die USA schien der mögliche Verlust der Absatzmärkte in Westeuropa nicht hinnehmbar. Beide Seiten bemühten sich deshalb zusammen und erfolgreich, die realsozialistischen Staaten einzudäm-men und sie danach zu Fall zu bringen. Auch größeren Regionalmächten mit Entwicklungspotential wie China oder Indien blieb in einer politisch und militä-risch polarisierten Welt kein großer eigener Bewegungsspielraum.
In der jetzigen Sicherheitsstrategie vertreten die USA den Ansatz, wonach kein weiteres Land oder eine Kombination von mehreren Ländern den bestehenden militärischen Vorsprung USA einholen darf. Dies soll dadurch garantiert werden, dass eine hoch überlegene und jederzeit weltweit einsetzbare

Fotoserie:
Militärbischof Dr. Walter Mixa besucht deutsche Soldaten in Afghanistan und Usbekistan



Bild 1: Auf dem Dach des Warehouse Camp


Bild 11: Bei der Messe

US-Armee potentielle Konkurrenten abschreckt. Im Zweifelsfall billigt sich die amerikanische Administration das Recht auf präventive und vorbeugende Militärschläge zu. Dabei sollen je nach politischer Opportunität wechselnde Kriegskoalitionen zustande kommen. Im Zweifelsfall wollen die USA auch einseitig und ohne eine Billigung durch die UNO losschlagen. Deshalb unterwirft sich die Regierung der USA auch nicht dem internationalen Strafgerichtshof, der Kriegsverbrechen und den Bruch des Völkerrechts aburteilen kann.
Die Verkündung der neuen Strategie geht mit einem Ausbau des Kriegskeynsianismus einher. Unter Aufnahme von Schulden wird in den USA zur Zeit so viel Geld in Rüstungsprojekte gesteckt wie ehedem unter Ronald Reagan, um die Sowjetunion niederzuringen. Diese Waren in Form von Waffen und Munition werden im Krieg aufgebraucht und zerstören damit weitere Güter, die wiederum neu produziert werden können. Dies ist ein kleiner, wenn auch nicht unerheblicher Beitrag zur Lösung der gegenwärtigen weltweiten Überakkumulationskrise. Deshalb sind in der Vergangenheit beim Ausbruch begrenzter Kriege die Börsenkurse auch schon mal stark gestiegen, anstatt zu fallen. Denn den börsennotierten Unternehmen eröffnen sich in Kriegs- und Nachkriegszeiten neue Expansionsfelder. Die Absicht von einer ökonomischen Neuordnung des Irak und der gesamten arabischen Halbinsel zu profitieren stellt auch ein wesentliches Motiv derjenigen Regierungen dar, welche die USA in einem Feldzug unterstützen.
Ideologisch wird die offensive Herangehensweise der US-Regierung von einem sogenannten Amerikanischen Internationalismus getragen. Die Kriege im Irak oder Afghanistan würden demnach maßgeblich zur Durchsetzung von Demokratie, Menschenrechten und freiem Warenverkehr geführt. Dieses neue imperialistische Sendungsbewußtsein konkurriert in den USA traditionell mit einer isolationistischen Strömung, wonach sich die USA als Kontinental- und Handelsmacht genug seien und einem ehedem multilateralen Ansatz, wie teilweise noch unter Bill Clinton, welcher den Aufbau und die Einbindung in internationale Institutionen, wie die UNO, befürwortet. Ob die offen imperialistische Ausrichtung heute eine neue Qualität hat oder nur das fortsetzt, was auch schon Ronald Reagan propagierte, scheint offen. In ihren praktischen politischen Auswirkungen verweist die imperiale Strategie jedoch auf einen anderen Rahmen, weil heute im Gegensatz zu vor 20 Jahren eine unilaterale Weltbeherrschungsstrategie der USA nicht unmöglich scheint.

Logik der Eroberung des Iraks

In ihrer polit-ökonomischen Beherrschung der arabischen Halbinsel setzen die USA traditionell auf einen Petrodollar-Imperialismus. Die USA gewinnen einen Extraprofit, indem die Gewinne aus der Ölförderung mittels Waffenkäufen der arabischen Staaten sowie der Abrechnung des Öls in Dollar in die USA als Handelsgewinne und Investitionen zurückfließen.
Bisher garantiert Saudi-Arabien die Ölversorgung der USA aus der Golfregion. Zuvor waren in die strategische Versorgung der USA auch der Iran und der Irak einbezogen. Neben der Unterstützung des Islamismus durch saudische Bürger und deren Regierung ist auch der von Saudi-Arabien initiierter Anstieg des Ölpreises und die Weigerung der Saudis, die verstaatlichte Ölindustrie für US-Investoren zu öffnen, gegen die Interessen der USA gerichtet. Hintergrund dieser Entwicklung ist die finanzielle Krise des "Wohlfahrtsstaates" in Saudi-Arabien, in dem bei einer 30%igen Arbeitslosigkeit eine breite Schicht von Rentiers von nichtsaudischen Arbeitern versorgt wird. Im Rahmen dieser Umorientierung wird in Saudi-Arabien auch überlegt, das Öl wie der Iran, Irak und Venezuela in Euro zu verkaufen. Schon jetzt dehnt die BRD ihren Handelseinfluß auf der arabischen Halbinsel deutlich aus. Sollten die saudischen Öllieferungen an die USA in der gegenwärtigen Situation eingestellt werden, wäre dies für die USA ökonomisch nur schwer zu verkraften.
In den strategischen Überlegungen der US-Administration spielt deshalb die Überlegung eine Rolle, die Abhängigkeit von Saudi-Arabien zu beenden, indem unmittelbar auf die Ölvorräte des Irak zugegriffen werden kann. In diesem Wege könnte im Zusammenwirken mit Russland auch das Kartell der OPEC aufgebrochen und der Ölpreis insgesamt gesenkt werden. Ein im Krieg besiegtes Land böte den USA auch die Möglichkeit, für die eigene Ökonomie einen Ölpreis unter Weltmarktniveau durchzusetzen und so einen nicht unerheblichen ökonomischen Vorteil zu erlangen. Eine Eroberung des Irak würde dessen Markt wieder für die USA öffnen, die zusammen mit Großbritannien von diesem seit dem zweiten Golfkrieg ausgeschlossen sind. Dies ist insbesondere dann vorteilhaft, wenn eine durch Krieg und Embargo zerstörte Infrastruktur wieder aufgebaut werden kann und dafür das geschlagene Land mit seinen Ölvorräten bezahlt.

Interessen der BRD und anderer europäischer Kriegskritiker

Die ökonomische Ausgangssituation der EU ist davon geprägt, dass es sich um einen zunehmend hochwertig vernetzten Wirtschaftsraum handelt, dessen periphere Regionen im Süden und demnächst im Osten noch über ein erhebliches nachholendes Wachstumspotential verfügen. Im Gegensatz zu den USA zeichnen sich die europäischen Kernstaaten auch durch eine relativ hohe soziale Integration aus, was eine Voraussetzung für wohlorganisierte Arbeitsbeziehungen und –prozesse ist. Jüngster Ausdruck der qualitativen Vertiefung der EU-Wirtschaft ist die Schaffung des Euro. Zur Zeit stellt dieser nach dem Dollar die zweite Weltwährung dar. Bei einem entsprechenden politisch-militärischem Gewicht der EU könnte der Euro mit dem Dollar gleich ziehen oder diesen sogar als führende Währung ersetzen, wenn die Wirtschaft der USA ihre verbliebene Dynamik einbüßt. Aus Sicht der USA droht jedoch finanzpolitisch nicht nur aus der EU Gefahr sondern langfristig auch aus China. Das politische System Chinas ist relativ stabil, China ist der Nationalstaat mit der größten Bevölkerung und es hat im Rahmen einer

nachholenden Entwicklung seit Jahren enorme Wachstumsraten der Wirtschaft zu verzeichnen.
Auf der militärisch-machtpolitischen Ebene erkämpfen sich die bundesrepublikanischen Eliten seit 1989 Stück für Stück mehr Handlungsspielraum. Vor 1989 beteiligte sich die Bundeswehr nicht an direkten militärischen Aktionen, sondern leistete nur infrastrukturelle, diplomatische und ökonomische Hilfsdienste. Mit dem Vorantreiben des jugoslawischen Auflösungsprozesses seit 1991 wurde die Stellung der BRD, teilweise in Konfrontation mit Frankreich und England, als ein führender Staat in Europa ausgebaut: Im Kosovokrieg kam zum ersten Mal bundesdeutsches Militär ohne UNO-Mandat zum Einsatz. In Afghanistan wurden Bundeswehrsoldaten außerhalb Europas in Kampfeinsätze geschickt. Schritt für Schritt wurden damit die imperialistischen Konkurrenten und die deutsche Gesellschaft an eigene militärische Aktionen der Bundesrepublik gewöhnt. Für die Bundeswehr heißt dies konkret, dass ihr wegen der vielfältigen Auslandseinsätze zur Zeit keine wesentlichen zusätzlichen oder qualitativ weitergehenden Engagements möglich sind. Würde die BRD in einer solchen Konstellation einem Krieg ohne ihre direkte Beteiligung mit Kampftruppen zustimmen, wäre sie wie beim zweiten Golfkrieg zu einer Mitfinanzierung gezwungen, ohne dass sich dies nach dem Krieg in einem wesentlichen ökonomisch-politischen Einfluß niederschlagen würde.

Laut der neuen Interventionsstrategie des deutschen Verteidigungsministers wird die Sicherheit in Deutschland somit nun am Hindukusch an der Grenze von Afghanistan und Pakistan verteidigt. Für die Bundeswehr bedeutet dies schon seit mehreren Jahren, dass der Schwerpunkt von der sogenannten Landesverteidigung mit großen Panzerarmeen hin zu hochmobilen weltweit einzetzbaren Spezialkräften verlagert wird. Ab 2003 wurde in der EU außerdem mit der Aufstellung eigener europäischer Interventionskräfte begonnen. Diese Armee soll 60.000 Männer und Frauen umfassen und weltweit einsetzbar sein. Damit lassen sich aus dem Stand mittelgroße Kriege führen. Geplant sind in diesem Zusammenhang der Aufbau eigener europäischer Lufttransportkapazitäten, Marschflugkörper, einer Satellitenaufklärung und die Verstärkung der Seestreitkräfte. Mit der Aufrüstung geht der Ausbau einer integrierten europäischen Rüstungsindustrie einher, welche die technologische Unabhängigkeit von den USA herstellen soll.
Noch gelten die europäischen Streitkräfte, obwohl ausdrücklich von Frankreich gewünscht, nicht als ausschließende Konkurrenz zu den mulilateralen Interventionsstreitkräften der NATO. Bisher bleiben sie in Teilen auf die Infrastruktur der NATO angewiesen. Eine Integration europäischer Atomwaffen, insbesondere der Frankreichs, in die EU-Streitkräfte ist ebenfalls noch nicht absehbar, obwohl gerade dies das weltpolitische Gewicht der EU stärken würde. Für die nähere Zukunft haben Frankreich und die BRD, auf Grundlage qualifizierter Mehrheiten zunächst vor, die EU auch zu einer "Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft" fortzubilden. Für die Bundesrepublik erhöht die Aufstellung europäischer Streitkräfte die Möglichkeit, deutsches Militär nach eigenen politischen Vorstellungen einzusetzen. Denn in der EU besitzt sie ein relativ größeres politisches Gewicht als in der NATO, die von den USA dominiert wird.

Die ökonomischen Beziehungen der EU zum Irak

Bis zum zweiten Golfkrieg war die Bundesrepublik der wichtigste Handelspartner des Irak. Auch nach dem zweiten Golfkrieg und trotz der Sanktionen halten Russland, Frankreich, Deutschland und China ihre ökonomischen Verbindung zum Irak über den Handel mit Nachbarländern des Iraks (Ölschmuggel) und den Erwerb von Ölförderlizenzen aufrecht. Die BRD ist dabei die einzige mittelgroße imperialistische Macht, die keine eigene Ölindustrie besitzt. Führend ist sie jedoch im Anlagen- und Pipelinebau sowie deren Betreibung. Auf diese Weise wurde die Bundesrepublik im Verbund mit deutschen Unternehmen zum Hauptgläubiger der russischen Ölindustrie, was ihr einen strategischen Einfluss auf diese Energieressourcen sichert.
Ebenso ist die BRD der zentrale Handelspartner von Syrien, Iran, Jordanien und der Türkei. Allen diesen Nachbarländern droht bei einem Krieg mit dem Irak eine ökonomische und politische Destabilisierung. Die Flüchtlinge, welche die Nachbarländer des Irak aufnehmen müssten, könnten teilweise auch einen Weg nach Westeuropa finden. Nach der Rhetorik der USA gehört auch der Iran zur sogenannten Achse des Bösen. Würde dieser von den USA angegriffen und besetzt werden, würde dies die deutsche Wirtschaft ungleich härter treffen als der Krieg gegen den Irak, denn die Bundesrepublik besitzt auch in quantitativer Hinsicht umfangreiche Handelsbeziehungen mit dem Iran.
Insgesamt exportiert die EU dreimal so viele Güter in den Nahen Osten wie die USA. Die Interessen der USA beziehen sich somit vor allem auf einen gesicherten und möglichst kostengünstigen Ölimport von der arabischen Halbinsel. Die Vereinigten Staaten von Amerika können sich deshalb mit der Errichtung von strategisch ausgewählten Militärregimen zufrieden geben. Aus einer geostrategischen Sicht der EU und wegen ihrer räumlichen Nähe ist ihr die politische und soziale Stabilität des gesamten Nahen Ostens wesentlich wichtiger als den USA. Die EU plant deswegen auf lange Sicht, den Mittelmeerraum und den Nahen Osten in einer Freihandelszone als Einflussgebiet an sich zu binden. Ein solcher Ansatz kann nur auf Basis einer friedlichen ökonomischen Durchdringung gelingen, in welcher die arabischen Regime auch politisch


Bild III: Besichtigung vom Bau der Unterkünfte

gewonnen werden, und nicht durch eine neokoloniale Militärpolitik. Die EU befürchtet, dass militärische Interventionen der USA sie in dieser Hinsicht zurück werfen. Dieser scheinbar schwache Ansatz, insbesondere von Frankreich und der BRD, ihre Handelsinteressen in den Vordergrund zu stellen, da sie auch nicht auf eine militärische Übermacht zurückgreifen können, könnte sich langfristig als erfolgreich herausstellen.

Ideologische Diskurse in Deutschland

Die rot-grüne Bundesregierung benennt ihre Politik offener als die vergangenen konservativen Regierungen als national eigenständige Politik. Schröders Slogan vom "deutschen Weg" bringt den Zeitgeist auf den Punkt. Offensiv werden auf der nationalen und internationalen Bühne die deutschen "Sicherheits- und Militärinteressen" als solche benannt und als ausdrückliche Entscheidungsgrundlage für die politische Ausrichtung der Bundesregierung herangezogen. Zuvor geschah dies hinter vorgehaltener Hand oder fand sich nur in Strategiepapieren wieder, die von der Öffentlichkeit wenig beachtet wurden, wie beispielsweise die verteidigungspolitischen Richtlinien, in denen schon 1992 festgehalten wurde, dass die vitalen Sicherheitsinteressen Deutschlands darin bestünden, ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt zu besitzen.

Die gesellschaftliche Akzeptanz dieser Politik ist groß, da sie besonders unter Rot-Grün mit universalistischen Menschenrechts- und Ökologiediskursen verknüpft wird. Die rotgrüne Regierung erscheint in dieser Hinsicht glaubwürdiger als die vorangegangenen konservativen Kabinette. Zu diesem bürgerlich-universialistischen Diskurs gehört auch der Anspruch nach Verrechtlichung und Institutionalisierung von Konflikten durch die UNO oder der Durchsetzung des internationalen Klimaschutzabkommens und des internationalen Strafgerichtshofes. Mit einem solchen Ansatz kann gegenüber den USA zumindest teilweise das deutsch-europäische Defizit im militärischen Bereich wettgemacht werden.

Dass diese politischen Konflikte jetzt ausbrechen hat auch damit zu tun, dass sich in internationalen Institutionen die geronnen Machtverhältnisse der letzten Jahrzehnte ausdrücken. Die Praktizierung des Gebotes, sich nicht in die inneren Angelegenheiten von Staaten einzumischen, oder das Verbot von Angriffs- bzw. Interventionskriegen geht in seiner modernen Form im wesentlichen auf den Kalten Krieg zurück. Während dieser Zeit wohnte einer solchen Verrechtlichung von Konflikten eine gewisse Rationalität inne, da die Gefahr bestand, dass eine regionale Auseinandersetzung in einen globalen Krieg mündet. Heute dagegen sind regionale Kriege grundsätzlich wieder führbar, da sie nicht notwendigerweise eine Reaktion eines gegnerischen Blocks herausfordern.



Bild IV: Besuch der Hundestaffel

Diese primär politischen Auseinandersetzungen sind vielfach von Diskursen unterlegt, in denen die USA im Gegensatz zu Europa beziehungsweise Deutschland als kulturlos und ausschließlich auf den ökonomischen Vorteil bedacht dargestellt werden. Mit einer solchen Denkungsart wird unter anderem die faktische Unterlegenheit kompensiert. In diese Schablone kann auch die den USA folgende britische Regierung eingereiht werden, die mit dem Modell des Manchesterkapitalismus identifiziert wird. Bei dieser Kritik eines ungebremsten Kapitalismus wird nicht der Kapitalismus als solcher kritisiert, sondern dieser nur auf der Ebene der Erscheinung von seiner eigentlichen Verwertungsdynamik getrennt.

Teilweise taucht in diesen anti-amerikanischen Vorurteilen auch eine strukturelle Analogie zum modernen Antisemitismus auf, im Sinne einer Personifizierung des wurzellosen Finanzkapitals. Den USA als ältester bürgerlicher Demokratie wird damit aus der Perspektive einer europäischen Verhaftung in vorbürgerlichen Gesellschaftsstrukturen (die teilweise im Sozialstaat aufgingen) eine Zersetzung wohlgeordneter Zivilität vorgeworfen. Im 19. Jahrhundert und in der Weimarer Republik gab es dagegen noch in weiten Bevölkerungskreisen bis in die Linke einen positiven Bezug auf die USA als Hort der Modernität, Aufklärung und Demokratie. Im Hinblick auf die überwiegend autoritäre Verfasstheit Deutschlands während dieser Zeit überrascht diese Sicht nicht. Die imperialistische Konkurrenz und die zwei Weltkriege trugen jedoch maßgeblich dazu bei, dass dieser Bezug einem weit verbreiteten Feindbild wich.

Widersprüche innerhalb Europas

Bis zu den jetzigen Auseinandersetzungen gab es keine offen ausgesprochene politische Herausforderung der USA in einem politisch-militärischen Konflikt mit einer weltweiten Dimension durch eine Bundesregierung. Vielmehr verfolgten die bundesdeutschen Eliten bisher die Strategie, ihren eigenen ökonomischen und politischen Einflusses unter dem Schirm der USA auszudehnen. Erst geschah dies überwiegend innerhalb Westeuropas – nach 1989 auch in Osteuropa. Wenn ihren gegenwärtigen Aussagen geglaubt werden darf, ist dies auch weiterhin das Konzept der konservativen "Atlantiker", die von Adenauer über Kohl und Schäuble bis Merkel reichen. Diese werfen der Bundesregierung einen zu konfrontativen und riskanten, aber auch ungeschickten Kurs vor. Es steht jedoch zu erwarten, dass die deutschen Konservativen, wenn sie wieder an der Macht sind, selbstbewusst auf dem bis dahin weltpolitisch erreichten Spielraum aufbauen werden. Insofern wird es auf absehbare Zeit kein Zurück zu einer relativ bruchlosen Einordnung in die US-amerikanische Hegemonie geben.

Die politische Konfrontation vor und nach dem Bundestagswahlkampf sind somit erste, zunehmend der eigenen Position bewusste Gehversuche der deutschen Regierung, um eine relative politische Autonomie gegenüber den USA durchzusetzen. Dies geschieht vor dem Hintergrund der zentralen ökonomischen Rolle der BRD in Europa, der Wiedererlangung ihrer vollen Souveränität seit 1989, des fortgesetzten Ausbaus der mil-

itärischen Kapazitäten innerhalb der europäischen Strukturen und der den USA entgegengesetzten ökonomischen Interessen im Nahen Osten. Damit betreibt die Bundesregierung zum ersten Mal seit 1945 wieder offen formuliert Weltpolitik im Sinne einer eigenständigen, gegen den überlegenen imperialistischen Konkurrenten gerichtete globale Machtpolitik.

Bis dato beschränkte sich die Bundesregierung im Rahmen internationaler Diskurse gegen die USA auf Auseinandersetzungen um den internationalen Gerichtshof und die Ächtung der Todesstrafe, den UN-Umweltgipfel oder die "Anti-Rassismuskonferenz" in Durban. Dabei handelt es sich gleichwohl noch nicht um Politik, die unmittelbar auf eine Weltmachtstellung abzielt. Zunächst geht es primär um die Wiedererlernung und Wiedererlangung politischer Autonomie. Auch wird den Eliten der BRD zumindest zur Zeit noch deutlich vor Augen stehen, dass Deutschland für eine Weltmachtposition auf sich alleine gestellt die ökonomischen, militärischen und politischen Mittel fehlen. Deshalb engagieren sie sich in großer Einigkeit für eine politische und militärische Integration der Europäischen Union. Eine realistische Perspektive für eine Weltmachtposition der BRD oder anderer europäischer Staaten stellt sich nur innerhalb einer europäischen Föderation.



Bild V: Im Gespräch mit den Soldaten

Frankreich und England betreiben nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, in dem sie im Wesentlichen von den USA vor einer endgültigen Niederlage bewahrt wurden, und nach der Auflösung ihrer Kolonialreiche jeweils eine besonders akzentuierte Politik. Die französische Republik folgt der gaullistischen Forderung nach weitgehender nationaler Unabhängigkeit von den USA in militärischer und politischer Hinsicht. Dabei streben die französischen Regierungen wie auch die Bundesrepublik die politisch-militärische Führung innerhalb der Kern-EU an. Da Britannien für Frankreich bis auf weiteres als Partner für den Aufbau einer europäischen Weltmacht ausscheidet, wird zunehmend auf eine politisch-militärische Kooperation mit der BRD gesetzt. Insofern scheinen sich die französischen und deutschen Regierung bei aller Konkurrenz untereinander um die politische Vorherrschaft über die EU in der Absicht zu treffen diese zu stärken, um eine gemeinsame Weltmachtposition gegenüber den USA aufzubauen.

Britannien verfolgt seit dem Niedergang des Empires die Strategie einer umfassenden militärischen Kooperation mit den USA. Dahinter steht die Absicht, im Windschatten der USA einen Rest von Weltgeltung zu behaupten. Diese Strategie zieht jedoch nach sich, dass die britische Regierung gezwungen ist, den politischen und militärischen Vorgaben der USA sehr weitgehend zu folgen. Gegenüber der wirtschaftlichen und politischen Integration der EU wählen britische Regierungen ein Vorgehen der kontrollierten und nachlaufenden Integration. Die Entstehung einer politischen Union soll dabei vermieden werden. Obwohl Britannien zu den drei großen Staaten der EU gehört, kann es deshalb innerhalb der EU keinen wirklichen Führungsanspruch geltend machen.

Ein Teil der westeuropäischen Regierungen wie in Italien und Spanien beziehen sich im Irakkonflikt entgegen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zustimmend auf die USA. Die spanische und italienische Regierunge stehen der Bush-Administration als extrem konservative Regierungen politisch nahe. Als zweitrangige europäische Mächte erhoffen sie sich durch die USA eine politische Aufwertung auf der internationalen Bühne. Auch einige Staaten in Osteuropa begeben sich demonstrativ auf die Seite der USA. Bei ihnen ist davon auszugehen, dass dies auch damit zusammen hängt, dass sie eine deutsche Vormachtstellung in Osteuropa fürchten und sie sich deshalb auf die USA als Gegengewicht beziehen. Und noch können nur die USA, so sie es denn wollen, ihre Alliierten wirksam vor der militärischen Bedrohung durch Dritte schützen. Dies ist insbesondere für die kleineren osteuropäischen Länder relevant. Insgesamt können die europäischen Widersprüche in der Positionierung zum Irakkonflikt somit auch als Ausdruck einer EU internen Differenzierung zwischen Peripherie und Zentrum angesehen werden.

Mit der Erweiterung der EU nach Osten geht bisher kein wesentlicher Ausbau der politischen Union einher. Auf der institutionellen Seite wird sich dies wegen der Vervielfachung der nationalen Vetomöglichkeiten in Zukunft nicht leichter gestalten. Es liegt deshalb nahe, dass die Vertiefung der EU mittelfristig nur über krisenhafte Zyklen erreicht wird. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten der EU, eine gemeinsame Außenpolitik zur formulieren und umzusetzen, obwohl sie sich dies in formaler Hinsicht aufgegeben hat, machen eine Bewegung mit einem Schritt zurück und demnächst zwei nach vorne wahrscheinlich. Denn von der Entwicklungslogik der EU führt eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik dazu, dass notwendigerweise auch ein entsprechendes politisches Steuerungsinstrument und eine militärische Absicherung aufgebaut werden muss. Insofern sollten die innereuropäischen Differenzen nicht als ein Indiz für ein Scheitern des europäischen Integrationsprozesses gewertet werden. Eher erscheinen sie als dialektische Krisenmomente, welche die Schritte zu einem politisch-militärischen Staatenbund notwendig begleiten.

Beziehungen zwischen den USA und der EU/Deutschland

In dem aktuellen Konflikt um den Irak versuchen die USA die EU politisch in eine transatlantische Fraktion mit Spanien und England und in ein Kerneuropa um Frankreich, die BRD, die Beneluxstaaten und Österreich zu spalten und das letztere politisch in die Defensive zu drängen. So gelingt es den USA in diesem konkreten Fall zunächst, die Ansätze der Konstituierung einer politischen Föderation Europas zu behindern. Bei dieser offenen Zuspitzung handelt es sich jedoch um einen dreiseitigen Prozess bei dem nicht nur Kerneuropa in einer bewusst risikogeneigten Strategie seine Konkurrenz mit den USA entwickelt, sondern auch innerhalb Europas die unterschiedlichen

Interessen aufeinander prallen.
Die USA verfolgen in ihrer praktischen Politik auch deutlich die Absicht, dass sich Europa nicht zu einem ebenbürtigen militärischen Konkurrenten entwickeln soll. Deshalb versuchen sie, die entstehenden europäischen Militärformationen in die NATO einzubinden bzw. dieser unterzuordnen. Die vor kurzem beschlossene NATO-Eingreiftruppe steht in Konkurrenz zu den von der EU aufzubauenden Interventionskräften, die teilweise auf die selben nationalen Militäreinheiten zurückgreifen sollen. Auch ist die NATO-Eingreifgruppe so konzipiert, dass sie zwar von den Europäern unterhalten werden soll, jedoch von den USA geführt werden wird.

Grundlegend muss bedacht werden, dass schon die Existenz der NATO als politisch-militärische Vereinigung den USA die Möglichkeit gibt, innereuropäische Angelegenheiten zu beeinflussen. Zuletzt wurde dies bei dem Streit um die mögliche zukünftige Aufnahme der Türkei in die EU deutlich. Die USA begründeten den von ihnen aufgebauten Druck zur Integration der Türkei damit, dass diese zur geostrategischen Absicherung des Südosten Europas und des Nahen Ostens notwendig sei. Diese geostrategischen Interessen treffen sich grundsätzlich mit denen der EU. Doch die Kerneuropäer befürchten, dass eine Aufnahme der Türkei in die EU die politische Integration der EU zukünftig noch schwieriger macht und ein weiterer Staat an die europäische Peripherie herangeführt wird, der außenpolitisch stark von den USA abhängig ist.

Hinsichtlich einer vertikalen strategischen Arbeitsteilung wird den europäischen Mittelmächten Frankreich, Britannien und Deutschland von den USA die Rolle zugedacht, im übertragenen Sinne die Grenzen des Imperiums Americana zu sichern, nachdem eine prowestliche Ausrichtung der jeweiligen Konfliktregionen politisch-militärisch von den USA erzwungen wurde. Diese Rolle nimmt die Bundeswehr aktuell auf dem Balkan, im Kaukasus, Afghanistan oder am Horn von Afrika war. Kleinere europäische Länder wie die Schweiz, die Beneluxstaaten oder die skandinavischen Länder sehen die USA für Blauhelmaktivitäten vor. Die USA werden selbst aktiv, wenn es darum geht, zentrale Interventionskriege anzuführen, die ein erhebliches militärisches Potential erfordern bzw. wenn über deren Führung innerhalb der westlichen Welt kein Konsens hergestellt werden kann. Im Rahmen eines solchen Konzeptes werden den beteiligten imperialistischen Akteuren von den USA auch Sub-Hegemonien zugestanden. Die Bundesrepublik durfte beispielsweise die Friedenskonferenzen zu Afghanistan austragen und kann entscheidenden Einfluss auf den Wiederaufbau und die Ausgestaltung des afghanischen Staates nehmen. Ähnlich verhält es sich für die Bundesrepublik bei der politischen und ökonomischen Durchdringung des Balkans.

Das große Spiel der Sub-Hegemonien betreiben die USA auch in Bezug auf den Irak. Russland, Frankreich und China wird dabei, so sie ihre Anti-Kriegsposition aufgeben würden, angeboten, dass ihre Förderverträge mit dem Irak in Teilen bestehen bleiben würden. Unter der Bedingung, dass das Embargo bisher eine Realisierung der Verträge nicht zulässt, besitzt ein solches Angebot durchaus Attraktivität. Frankreich zieht daraus im diplomatischen Spiel den Schluss, dass im Gegensatz zu Deutschland keine prinzipielle Antikriegsposition bezogen werden sollte, sondern dass auch eine Beteiligung an einem unvermeidbar gewordenen Irakkrieg in Frage kommt, um Einfluss auf einen Nachkriegsirak nehmen zu können. Wenn das Öl des Nahen Ostens dagegen unter ausschließliche Kontrolle der USA käme, würde dies eine Erweiterung der politisch-ökonomischen Unabhängigkeit der EU erschweren.

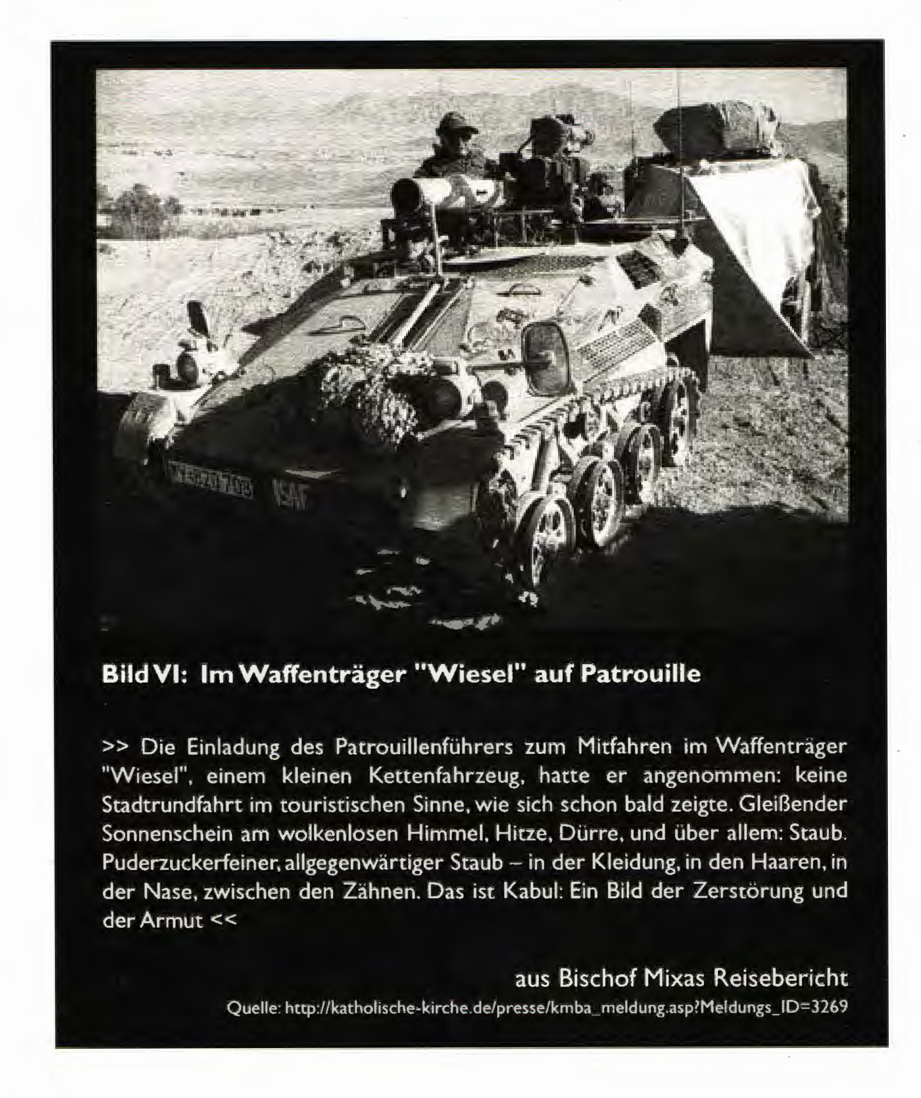


Bild VI: Im Waffenträger "Wiesel" auf Patrouille

>> Die Einladung des Patrouillenführers zum Mitfahren im Waffenträger "Wiesel", einem kleinen Kettenfahrzeug, hatte er angenommen: keine Stadtrundfahrt im touristischen Sinne, wie sich schon bald zeigte. Gleißender Sonnenschein am wolkenlosen Himmel, Hitze, Dürre, und über allem: Staub. Puderzuckerfeiner, allgegenwärtiger Staub – in der Kleidung, in den Haaren, in der Nase, zwischen den Zähnen. Das ist Kabul: Ein Bild der Zerstörung und der Armut <<

aus Bischof Mixas Reisebericht

Quelle: http://katholische-kirche.de/presse/kmba_meldung.asp?Meldungs_ID=3269

Stabilisierende Tendenzen der innerimperialistischen Beziehungen

Diese konkflikthafte Entwicklung geschieht vor dem Hintergrund einer zunehmenden und wechselseitigen wirtschaftlichen Verflechtung und Durchdringung der drei großen Wirtschaftsräume der USA, der EU, und Japans bzw. Ostasiens. Aus dieser wechselseitigen Abhängigkeit könnte geschlossen werden, dass einer offenen kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den großen Blöcken erhebliche gesellschaftliche, ökonomische und wirtschaftspolitische Widerstände entgegengesetzt werden würden. Das jeweilige ökonomische Gewicht der Mitglieder der Triade verlangt ein Mindestmaß an internationaler Kooperation und Koordination, um ökonomischen Krisen wie zuletzt in Asien oder unter Umständen demnächst in den USA begegnen zu können. Dem könnte die Erfahrung entgegengehalten werden, dass US-amerikanische Firmenbeteiligungen in Deutschland während des 2. Weltkrieges nicht gekappt wurden, sondern während des Krieges und danach fortgesetzt wurden.

Die USA sind auch nach der Blockkonfrontation, in der ein nicht unerheblicher Teil der Welt von einer unmittelbaren Durchdringung des Kapitals bewahrt waren, auf Europa und Ostasien als Absatzmärkte und Investitionsräume angewiesen. Ähnlich geht es der deutschen Industrie mit den USA, wenn Hersteller deutscher Automarken bei einer Zuspitzung des Konfliktes mit den USA um ihre dortigen Absatzmärkte fürchten. Gerade auch um Handelskriege im Zaum zu halten und um ein Minimum an Krisensicherheit zu garantieren, existiert zwischen den imperialistischen Mächten ein institutionalisiertes Miteinander in Weltbank, IWF, GATT oder G8. Deren komplexe Kooperations- und Konkurrenzmechanismen sollen das Konfliktverhältnis in geregelten Bahnen halten.

Perspektiven

Geopolitisch ist mittelfristig eine Fortsetzung der unipolaren Dominanz durch die USA zu erwarten. Schon um bei einem entsprechenden politischen Willen mit den USA militärisch im Wege der Aufrüstung gleich zu ziehen, wäre für die EU ein Zeitraum von vielleicht 20 Jahren notwendig. Hinzu kommt, dass nicht absehbar ist, dass in Europa die Entscheidung durchgesetzt werden könnte, einen so wesentlichen Anteil des Bruttosozialproduktes in die Rüstung fließen zu lassen. Im Rückblick auf vergangene formelle und informelle Weltreiche wäre ein Niedergang der USA eher durch eine politisch, ökonomische und militärische Überdehnung der USA zu erwarten. Eine relativ kompromisslose Anwendung der neuen Sicherheitsstrategie könnte dazu führen, dass die USA zu viele ihrer Ressourcen in die Waagschale legen müssten oder viele Staaten sich veranlasst sähen, sich noch fester gegen die USA zusammen zu schließen, um selbst ein Stück vom weltweiten Kuchen abzubekommen. Der Omnipotenzanspruch der neuen Sicherheitsstrategie der USA könnte darauf hindeuten, dass sich die USA schon jetzt in eine Phase der Überdehnung begeben haben.

Für Deutschland und die EU liegt in der jetzigen Konstellation somit eine verstärkte Zusammenarbeit mit Russland und in Verlängerung mit China beziehungsweise Ostasien nahe. Bei China handelt es sich perspektivisch um den größten Binnenmarkt der Welt und vielleicht auch um eine kommende militärische Supermacht. Erschwert wird ein vertieftes institutionalisiertes Zusammenwirken mit Russland und China, weil mit diesen in unterschiedlicher Qualität kein bürgerlich-demokratischer Austausch von gleich zu gleich möglich ist. Doch den Mächten mittlerer Größenordnung bleibt als Behauptungsstrategie zunächst nichts anderes übrig, als grundsätzlich für eine multipolare Weltaufteilung einzutreten, indem sie taktische oder strategische Koalitionen gegen die USA eingehen und sich gleichzeitig soweit an die USA anzulehnen, wie dies für die Durchsetzung ihrer jeweiligen eigenen Interessen notwendig erscheint.
Von dieser Art des Changierens zwischen beiden Positionen sind alle Mittelmächte betroffen, auch diejenigen wie Britannien, die sich sehr weit an die USA anlehnen. Denn gänzlich kann sich Britannien auch aus ökonomischen Gründen nicht aus der EU verabschieden. Für die USA bleibt in einer solchen Konstellation die strukturelle Schwierigkeit, dauerhaft Kooperationen und Allianzen mittlerer Mächte auszuschließen. Die USA müssen mit ihrer unipolaren Strategie kontinuierlich obsiegen. Die Gegenmächte müssen zusammen nur einmal erfolgreich sein, um die Hegemonie der USA ins Wanken zu bringen.

Tiefere Risse in diesem teilweise labilen Gleichgewicht können sich dadurch ergeben, dass die USA zur Durchsetzung ihrer Hegemonie gegenwärtig zu sehr auf militärische Mittel setzen. Eine politische Vereinheitlichung, die in einem Militärbündnis wie der NATO, das auf formaler Gleichheit beruht, ebenfalls notwendig ist, wird so immer schwieriger. Dort, wo wechselseitig kein politischer Konsens mehr gesucht wird beziehungsweise eine gemeinsame politische Sprache fehlt, ist es auch nicht mehr so leicht, in ökonomischen Krisen mit weltweiter Auswirkung zusammen regulierend einzugreifen.

Eine Tendenz zur weiteren Zuspitzung der Konflikte zwischen den USA und der EU kann vermutet werden, wenn die politisch-militärische Integration der EU voranschreitet und die USA bei ihrem unilateral ausgerichteten Hegemoniekonzept bleiben. Eine ähnliche Brisanz könnte zwischen den USA und China bzw. Ostasien entstehen, wenn Chinas Weltmarktanteil quantitativ und qualitativ an den der USA heranreichen sollte. Unter der möglichen Voraussetzung einer mittelfristig stagnierenden beziehungsweise rezessiven Phase der Weltwirtschaft wird die ökonomische Konkurrenz schon jetzt zu einem existenziellen Verteilungs- und damit Verdrängungskampf. Anstatt einer unterschiedlich großen, jedoch wachsenden Partizipation aller Beteiligten an einer expandierenden Weltwirtschaft Raum zu geben, steht das jeweilige wirtschaftliche Überleben im Vordergrund.

Unter solchen Voraussetzungen ist es vielleicht nur eine Frage der Zeit, bis die derzeitigen diplomatischen Konflikte zwischen den imperialistischen Mächten in Stellvertreterkriegen münden. Warum sollten die Bundesrepublik und andere europäische Staaten sich aus der Logik imperialistischer Konkurrenz nicht gezwungen sehen, den Iran in den nächsten Jahren massiv aufzurüsten, wenn sich die USA daran machen, auch diesen Teil der "Achse des Bösen" zu zerbrechen.
Aus dem hier gewählten Zugang wird deutlich, dass eine Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse in einer einseitigen Zuspitzungen nicht möglich ist. Die Inkarnation des Teufels sitzt weder in Washington, Berlin oder Bagdad, wie es unterschiedliche Fraktionen der Linken glauben machen wollen. Politisch hilft nur die genaue Analyse eines widersprüchlichen Prozesses, indem versucht wird, sich aus unterschiedlichen Perspektiven ein möglichst umfassendes Bild zu machen. Das ermöglicht auch einen Zugang zu der Frage, welchen Gang die derzeitige Entwicklung nehmen könnte beziehungsweise welche Fragen wir aufwerfen sollten. Wir halten es für wichtig, diese Konstellationen und Krisentendenzen mit einer genauen und differenzierten Herangehensweise im Auge zu behalten, um der imperialistischen Konstellation in Deutschland und Europa mit einem politischen Zugang etwas entgegenzusetzen.

gruppe demontage, März 2003

(Kontakt: Postfach 306132, 20327 Hamburg / www.demontage.org)

Kampagne gegen Ein&AusreiseLager

Abgeschreckt und abgeschoben wird auch jetzt schon mit allen Mitteln. Die Ausländerbehörde hat sich eine offen rechtsbrüchige Praxis zu eigen gemacht, die bereits an vielen Stellen dokumentiert wurde: willkürliche Altersfeststellungen, rechtswidrige Botschaftsanhörungen und Festnahmen, Abschiebungen im Morgengrauen, auch von Kranken sowie Familien mit Kindern, und vieles mehr. Die fortschreitende staatliche Willkür im Verwaltungshandeln gegenüber Menschen und die Unterwerfung sozialer Aufgaben unter sicherheits- und ordnungspolitische Maßgaben macht es immer weniger möglich, Rechte für Flüchtlinge einzufordern.

Flüchtlinge sind unter den ersten Opfern der wachsenden sozialen Ausgrenzung und zunehmenden überwachungsstaatlichen Praxis, die wir innenpolitisch erleben. Die repressiven Tendenzen nach innen stehen im direkten Zusammenhang mit der militärischen Interventionspolitik nach außen. Weltweit werden Fluchtgründe – nicht zuletzt durch Angriffskriege und Waffenlieferungen der reichen Industrieländer – verursacht und Flüchtlingsströme provoziert. Gleichzeitig schreitet in den potenziellen Aufnahmegesellschaften die rassistisch aufgeladene Entsolidarisierung gegen die von Armut, Krieg und Verfolgung Bedrohten voran. In diesem globalen Zusammenhang dienen Ein&AusreiseLager bei uns und Internierungslager in anderen Weltregionen dazu, die Flüchtlingsströme zu kanalisieren und damit die Auswirkungen der Kriege beherrschbar und unsichtbar zu machen. An der Politik des Hamburger Senats gegen Flüchtlinge lässt sich der schleichende Abbau demokratischer Werte und Rechte ablesen. WIR alle werden dies zu spüren bekommen, wenn WIR uns nicht entschlossen dagegen stemmen und grundlegende Menschenrechte und soziale Standards für alle erkämpfen. Die Sozialbehörde und die Innenbehörde planen jetzt, die Erstaufnahme für alle Asylsuchenden und Flüchtlinge, die eine Duldung beantragen – im Amtsjargon "Personen ohne Bleibeperspektive" – zu einem kombinierten Ein&AusreiseLager umzugestalten.

Ziel der Behörden ist, die Menschen durch permanente Kontrolle, Isolation und Druck schon direkt nach der Einreise wieder zur Ausreise zu bewegen bzw. ihre Abschiebung möglich zu machen. Alle Beratungsangebote, die die Behörden noch für Flüchtlinge vorsehen, sollen künftig dem Ziel der "Rückführung" dienen. Die Rechtsberatung für Asylverfahren auf dem Aufnahmeschiff soll abgeschafft werden. Stattdessen ziehen Außenposten der Ausländerbehörde und des Landeskriminalamts in die Unterkunft ein. Flüchtlinge werden praktisch Tür an Tür mit ihren Abschiebern wohnen und jederzeit polizeilichen Kontrollen, Durchsuchungen, Verhören und Zugriffsmöglichkeiten ausgesetzt sein. Die Ämter sollen reibungslos kooperieren. Wenn die Ausländerbehörde eine Duldung verweigert, stellt das Sozialamt im selben Augenblick die Zahlungen ein. Druck durch Aushungern, d.h. durch die Streichung sämtlicher sozialer Leistungen, wird ausgeübt, wenn Flüchtlinge der mangelnden Mitwirkung bezichtigt werden. Die Zuständigkeit für Flüchtlinge geht von der Sozialbehörde an die Innen d.h. Polizeibehörde über. Flüchtlinge werden nur noch als ordnungspolitisches Problem betrachtet. Der Staat entledigt sich seiner sozialen Verantwortung, indem er Flüchtlinge entrechtet. Diejenigen, die den ständigen Druck nicht aushalten bzw. die Bedingungen nicht ertragen, werden systematisch in die Illegalität getrieben. Die Erstaufnahme von Flüchtlingen in Hamburg ist seit langem ein sozialer Skandal. Neuankommende Flüchtlinge dürfen nicht an Land wohnen, sondern sind auf einem Containerschiff unten an der Elbe untergebracht. Dort werden Familien und Einzelpersonen meist über Monate auf engstem Raum in feuchten Containerzimmern zusammengepfercht. Es gibt keine Privatsphäre und keine Gemeinschaftsräume. Die sanitären Verhältnisse sind katastrophal. Die Menschen dürfen nicht kochen, erhalten nur Taschengeld und sind auf Kantinenessen angewiesen. Sie dürfen keinen Besuch von Freunden und Verwandten bekommen. Schikanen und Misshandlungen durch die Wachdienste sind an der Tagesordnung, und mitten in der Nacht rücken Polizei und Abschiebekommandos an. Soziale Rechte für Flüchtlinge in Hamburg durchsetzen!

Wir treten ein für Wohnungen statt Lager
Bleiberecht und freie Wahl des Aufenthaltsortes
Gleiche soziale Rechte, freien Zugang zu Arbeit und Ausbildung
FÜR ALLE!

V.i.S.d.P.: Bündnis gegen Ein&AusreiseLager:
c/o Flüchtlingsrat Hamburg
Hein-Köllisch-Platz 12

Tel.: 040/43 15 87
Fax: 040/430 44 90
E-Mail: EALager@gmx.de

Aktionstage gegen Ein&AusreiseLager vom 16. - 18.05. 2003

bisher geplantes Programm:

Freitag 16.05.
10 - 18 Uhr
Kinderfest bei den Flüchtlingsschiffen an der Grossen Elbstraße

Samstag 17.05.
14 - 16 Uhr
Info und Aktionen in der Ottenser Hauptstr.
ab 15 Uhr
Auftaktveranstaltung der Demo zu den Flüchtlingsschiffen

Sonntag 18.05.
12 - 18 Uhr
Info- und Kulturprogramm zu Krieg, Flucht und Ein&AusreiseLager am Altonaer Balkon

Nach Olympia ist vor Olympia

Am 12. April erhielt Leipzig den Zuschlag als deutsche Bewerberstadt für die Ausrichtung der Olympiade 2012. Damit war der vermeintliche Favorit Hamburg aus dem Rennen und die Verantwortlichen in Senat und Wirtschaft machten lange Gesichter. Hamburg hätte bei der endgültigen Entscheidung des IOC für die Ausrichterstadt der Olympiade 2012 in Singapur in zwei Jahren wohl nur Außenseiterchancen gehabt. Aber allein das bis dahin kultivierte Image, Bewerber für 2012 zu sein, wäre ein wichtiger Prestigegewinn gewesen. Vor dem Hintergrund der stockenden Planungen für das größte städtische Investitionsvorhaben der nächsten 20 Jahre, der Hafencity, sollte über diese wenigstens vorübergehende Standortaufwertung auch die Hafencityplanung einen Schub erhalten.



An diesem Ort kann es getrost Abendblatt, Mopo und der Welt überlassen werden, die Gründe für das Scheitern des angeblichen "Favoriten" Hamburg zu analysieren. Fest steht jedenfalls, dass es nicht an dem inhaltlich fundierten, entschlossenen und unübersehbaren Widerstand der Hamburger Szene lag, der Hamburg aus dem Rennen geworfen hat. Im Gegenteil, in fast keiner anderen der deutschen Mitbewerberstädte war so wenig Nolympia, wie in Hamburg, wenn hier mal von Stuttgart abgesehen wird. Selbst in Düsseldorf haben Umweltaktivisten mit recht konventionellen Mitteln mehr Unruhe in die heile Welt der Bewerbungsplanungen bringen können, als in Hamburg. Als im März eine Delegation des NOK eine Rundreise duch die deutschen Bewerberstädte machte, war Hamburg eine der wenigen Städte, in denen Treffen mit Olympiagegnern noch nicht mal ansatzweise geplant wurden wie in Frankfurt und eben Düsseldorf: es gab einfach niemanden, der aus Sicht des NOK mit pseudokritischer Geste hätte integriert werden oder mit dem man ein Gespräch zumindest hätte verweigern müssen. Erst seit März fanden überhaupt erste Treffen statt, in denen über Möglichkeiten und Strategien einer Anti-Olympiakampagne debattiert wurde. Vor lauter "Bambule" war das Thema bis dahin einfach hinten heruntergefallen. Lediglich einige wenige stadtplanungskritische Gruppen hatten über ihre Beschäftigung mit der Hafencityplanung Ansätze für inhaltlich fundierte Gegenstrategien in die Diskussionen einzubringen. Ansonsten herrschte eher Ratlosigkeit, die darüber elegant kaschiert wurde, dass sich die Mehrzahl der durchaus interessierten Zusammenhänge informell darauf verständigte, den 12. April abzuwarten und erst im Falle der Nominierung Hamburgs als Bewerberstadt in eine Kampagne einzusteigen. Bis dahin hofften alle mehr oder weniger, der "Bambule-Faktor" würde das inhaltliche Vakuum vorerst füllen.

Damit jedoch ist ein grundsäzliches Dilemma beschrieben, dass sich seit Anfang des Jahres einstellt: von der Dynamik und dem Ausmaß der Proteste im November und Dezember überrascht, konnte aus dieser Massenmobilisierung bisher keine kontinuierliche übergreifende politische Plattform begründet werden. Die unterschiedlichen Motive für die Proteste gegen den Hamburger Senat liefen zwar unter dem Label "Bambule", in ihnen zeigte sich jedoch durchaus eine grundsätzliche, wenn auch teilweise diffuse Kritik an den herrschenden Verhältnissen in dieser Stadt. Letztlich blieben aber die seit Anfang Dezember laufenden Verhandlungen zwischen den Bambule-AktivistInnen und des Innenstaatsrats Wellinghausen als Beauftragten des Senats Bezugspunkt und Impulsgeber für die laufenden Poteste. Hier muss festgestellt werden, dass offenbar die Verhandlungsstrategie des Senats aus einem Wechselspiel zwischen Hinhaltetaktik, vagen Versprechungen und Scheinlösungen aufgegangen ist. Es ist bisher nicht gelungen, die ansatzweisen Widersprüche in der Senatskoalition soweit zuzuspitzen, dass am Ende echte Zugeständnisse an die Protetsbewegung erzwungen worden wären. Die kurzfristige Defensive, in die der Senat durch den Bambulekonflikt geraten war, hätte nur durch weitere Aktionen und der Entwicklung einer verbindlicheren politischen Strategie genutzt werden können. Hierzu waren aber die bestehenden Strukturen nach wochenlangen Dauerdemonstrationen strukturell und personell nicht in der Lage. Das Missverhältnis zwischen Massenmobilisierung einerseits und einer relativ kleinen Zahl von Gruppen, die ansatzweise über politisch-strategische Überlegungen debattierten, konnte nicht aufgehoben werden, weil eine Verbreiterung durch Einbindung von mehr Interessierten in kontinuierliche Diskussionen nicht gelungen ist. Ob dies allein durch Überforderung zu erklären ist oder auch an mangelnder Bereitschaft zu einer Öffnung der bestehenden Strukturen, muss dabei an dieser Stelle offen bleiben.

Die Gefahren der Versuchung, diese Schwächen innerhalb der Bambule-"Bewegung" zugunsten eines Mythos einer wiedererstarkten radikalen Linken in Hamburg auszublenden - durchaus befördert durch eine ereignisorientierte mediale Überhöhung der Proteste - haben sich dann auch deutlich in der schlechten Mobilisierung gegen die Hamburger Olympiabewerbung gezeigt. Die Bambuleproteste seit November 2002 haben durchaus gezeigt, welches Protestpotential mobilisierbar ist. Aber der Schein der Großdemonstrationen kann nicht über das Sein der tagtäglichen Kleinarbeit hinwegtäuschen. Eine Antiolympiakampagne fällt ebensowenig vom Himmel wie eine Regierung nur deswegen stürzt, weil sie gelegentlich ins Stolpern gerät. Es bleibt viel zu tun...

Karl-Heinz Warnholz



Wenn die Soldaten durch die Stadt marschieren –

>>Die Bundeswehr hat durch ihre Auslandseinsätze etwa 60.000 Soldaten und Soldatinnen verplant oder gebunden. Diese Zahl ergibt sich aus den Zeiten, die zusätzlich zum Einsatz selbst für Ausbildung, Vor- und Nachbereitung sowie die Regeneration des Personals erforderlich sind.

Enduring Freedom

Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus beteiligt sich Deutschland an der Operation Enduring Freedom. Dafür werden bis zu 3.900 Soldaten und Soldatinnen bereitgestellt. In Afghanistan sind Einheiten des Kommandos Spezialkräfte (KSK) im Einsatz. In Kuwait unterstützen ABC-Abwehr-Spürpanzer "Fuchs" den Kampf gegen den Terrorismus. Am Horn von Afrika sind zurzeit mehrere Schiffe der Marine stationiert. Sie sollen von dort aus die Sicherheit der Seewege gewährleisten und Verbindungswege terroristischer Organisationen unterbrechen. Zusätzlich sind Seefernaufklärer vom Typ Breguet "Atlantique" der Marineflieger zur Überwachung des Schiffsverkehrs in der Region eingesetzt.

International Security Assistance Force (ISAF)

Im Rahmen der UN-Friedensmission für Afghanistan, der International Security Assistance Force (ISAF), ist Deutschland mit den Niederlanden derzeit in der Führungsverantwortung als sogenannte "lead nation" (Führungsnation). Das hat den Anteil deutscher Soldaten am ISAF-Kontingent deutlich erhöht. Bis zu 2500 deutsche Soldatinnen und Soldaten sind in Kabul vorgesehen.

SFOR, KFOR, Operation "Concordia" und UNOMIG

Etwa 7.800 deutsche Soldaten und Soldatinnen sind auf dem Balkan im Einsatz. Sie unterstützen dort internationale Organisationen bei der Entwicklung demokratischer Übergangsstrukturen. Die Sicherstellung friedlicher und normaler Lebensbedingungen für die Bewohner gehört ebenfalls zu den Aufgaben. Ihre Einsätze führen sie im Rahmen der Missionen SFOR (NATO) Bosnien Herzegowina, KFOR (NATO) Kosovo und Operation "Concordia" (EU) Mazedonien.

Im Rahmen der SFOR-Mission in Bosnien Herzegowina gewährleisten rund 1.350 Soldaten und Soldatinnen für alle Bürger des Landes einen friedlichen Ablauf der Wiederaufbaumaßnahmen. Mit vielfältigen Mitteln wird dazu beigetragen, dass ein friedliches Zusammenleben der Volksgruppen vorangebracht werden kann.

KFOR: Im Kosovo ermöglicht die Bundeswehr mit rund 3700 Soldaten und Soldatinnen die freie Rückkehr aller Vertriebenen und Flüchtlinge in ihre Heimat. Auch bei der Minensuche und -beseitigung sind deutsche Soldaten im Einsatz.

Operation "Concordia": Die erste EU-Militärmission überhaupt wird unter französischem Kommando von bis zu 70 deutschen Soldaten unterstützt.

UNOMIG, die in Georgien eingesetzte UN-Beobachtermission, besteht sei August 1993. Seitdem wurde das Mandat vom UN-Sicherheitsrat jeweils um 6 Monate verlängert. Auftrag der 11 Bundeswehrsoldaten ist die Kontrolle und Überwachung des Moskauer Waffenstillstands- und Truppenentflechtungsabkommens zwischen Georgien und Abchasien. Lösung von Konfliktfällen, Untersuchung von Waffenstillstandsverletzungen und Beteiligung bei der medizinischen Versorgung des Gesamtkontingents gehören ebenfalls zu den Aufgaben.<<

Quelle: .bundesregierung

Kein Frieden mit Deutschland...



Schanzenstraße 27
täglich geöffnet ab 19:30 Uhr und nach Heimspielen
alternative Rock-Pop und Punk

Frühstücken SONNTAGS VON 11-18 UHR
UNTER EINEM ANDEREN STERN
Rundstücken NACH LANGER NACHT
Spätstücken

im **FRITZ BAUCH**



Bücher, Broschüren und ein Archiv zu folgenden Themen haben wir:
★Feminismus ★Antifaschismus
★Internationales ★Umstrukturierung
★Antirassismus ★Repression
★Anarchismus ★Kommunismus
★Linke Geschichte und Theorie
★Anti-AKW ★Aktuelle Infos

kleiner schäferkamp 46 | 20357 hamburg
tel 040 44 60 95 | fax 040 410 81 22

öffnungszeiten
mo, di, mi, fr 15 - 19 uhr | sa 12 - 15 uhr

Ihr könnt Euch ausserdem selber Material für Büchertische zusammaenstellen.



**Meuchefitzer Gasthof
Tagungshaus**

Im Besitz der Belegschaft

Tagungshaus + Kneipe, Restaurant + kl. Bio-Landwirtschaft mit Tieren + 45 Betten, für Gruppen ab 8 Pers. 15 DM + nur Wochenende 20 DM + Kleingruppen u. Einzelpersonen plus 5 DM + Selbst-, Teil- bis Voll- und Vollwert-Verpflegung möglich. Das Haus ist in 3 abgeschlossene Wohnbereiche für 10-12, 20-22 bzw. 13 Pers. mit jeweils eigenen Küchen und Sanitärräumen aufgeteilt.

29482 Meuchefitz
Haus Nr.19
Tel. (05841) 5977
Fax (05841) 6976

**Schwarzer Hahn
Lensian**



Wendländisches Tagungs- und Gästehaus

- 14 Betten in Ein- bis Drei-Bett-Zimmern
- Selbstversorgung, Teil- oder Vollverpfl.
- Übernachtung 17,-/20,- DM pro Person
- Seminarraum, Selbstversorger-Küche, Aufenthaltsräume , großer Innenhof

Kulturverein Schwarzer Hahn e.V.
Am Rundling 1
29462 Lensian
Telefon: 0 58 43 / 241
Fax: 0 58 43 / 1413
e-mail: tagungshaus@schwarzer-hahn.de
www.schwarzer-hahn.de





Rote Flora Mai 2003

Donnerstag	01.05.	19uhr	kochkollektiv
Freitag	02.05.	20uhr	soli-abend mit ebermann, politt, degenhardt
Samstag	03.05.	21uhr	hc-konzert phobia (usa)
			Ingrowing (cz)
			Wojczech (hro)
Sonntag	04.05.	17uhr	café niemandsland
Montag	05.05.	19uhr	volxküche
Dienstag	06.05.	19uhr	dubcafé
Mittwoch	07.05.	19uhr	artcafé
Freitag	09.05.	23uhr	crucial vibes & nuff vibez
			laden zum reggae-dj/mc-contest mit dem gewinner wird
			eine single produziert
Samstag	10.05.	23uhr	tropical dance night
Sonntag	11.05.	17uhr	café niemandsland
Montag	12.05.	19uhr	volxküche
Dienstag	13.05.	19uhr	dubcafé
Mittwoch	14.05.	19uhr	artcafé
		21uhr	konzert F-Minus Highspeed Punk.
			2-4 kaputte Drummsticks pro show.
Donnerstag	15.05.	19uhr	kochkollektiv
Freitag	16.05.	23uhr	bass conference part II (reggae)
Samstag	17.05.	23uhr	our darkness
Sonntag	18.05.	19uhr	café niemandsland
Montag	19.05.	19uhr	volxküche
Dienstag	20.05.	19uhr	dubcafé
Mittwoch	21.05.	19uhr	artcafé
Donnerstag	22.05.	21uhr	hc.konzert
Freitag	23.05.	23uhr	reggaekeller hamburg e.V.
Samstag	24.05.	23uhr	Grosses Soli-event:
			15 Jahre EA-Hamburg und die Rote Hilfe feiert mit !
			Seit nunmehr 15 Jahren gibt es den Ermittlungsausschuss (040/43278778) in Hamburg, ein Grund zum feiern, aber bei dieser Party soll auch Geld für die weitere Arbeit und die anstehenden Bambule-Prozesse gesammelt werden.
			1. Stock: 20er Jahre Swing und GangsterInnen Club mit Tombola
			Halle: Überraschungsevent plus wechselnde Djanes und DJ's verschiedener Art. Keller: Reggaekeller
Sonntag	25.05.	17uhr	café niemandsland
Montag	26.05.	19uhr	volxküche
Dienstag	27.05.	19uhr	dubcafé
Mittwoch	28.05.	19uhr	artcafé
Donnerstag	29.05.	21uhr	hc-konzert Alliance
			wow. Fetzige smasher zum im zimmer herumspringen
			Los Destructos Ex-«Ex-Cathedra »und noch besser...kehliger

Regelmäßige Termine:

Montag ab 19 Uhr Kochsession veganes essen Ab 17 Uhr offene Motorradwerkstatt-schrauben und klölnen 18.30 – 21 Uhr Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 17-20 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen **Dienstag** 18-23 Uhr Dubcafe **Mittwoch** 19 Uhr "Wie es euch gefällt-cafe **Donnerstag** 19.30 Uhr Anti Castor CafeDonners. 1.+3 ab 19 Uhr Kochkollektiv veganes essen 17-20 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen**1. Samstag** im ab 12 Uhr Frühstück **Sonntag** ab 17 Uhr Cafe Niemandsland richtige Politik, echter Kaffee und fricher Kuchen Studio F (fsk 93.0) sendet ganztätig aus der Roten Flora